

Die Aussperrung des Ilan Pappé durch die Landeshauptstadt München Dokumentation und Aufklärung

Schutzgebühr 3.50 Euro

„Ich klage an, aber ich bin auch Teil der Gesellschaft, die in diesem Buch verurteilt wird. Ich fühle mich verantwortlich für die Geschichte und beteiligt an ihr. Ich bin ebenso wie andere in meiner Gesellschaft überzeugt, dass eine derart schmerzliche Reise in die Vergangenheit der einzige Weg nach vorn ist, wenn wir eine bessere Zukunft für uns alle, Palästinenser wie Israelis, schaffen wollen.“ Ilan Pappé

ISRAEL Mythos und Wirklichkeit

Eine Veranstaltungsreihe

Auftakt mit **Ilan Pappé**

Autor des Standardwerkes „Die ethnische Säuberung Palästinas“ (erschienen bei Zweitausendeins, 2004, 2008) Leiter des Instituts für Konfliktforschung an der Universität von Exeter in England. Bis zur Veröffentlichung dieses Buches war er Direktor des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität von Exeter in England.

Freitag
23.10.09
19.30 Uhr

Präsentation des Buches von Ilan Pappé
„Die ethnische Säuberung Palästinas“
Sprecher: Beate Himmelstoß, Jürgen Jung
Musik: EMBRYO

Samstag
24.10.09
19.30 Uhr

Vortrag von Ilan Pappé
Der politische Zionismus und die fort-dauernde ethnische Säuberung Palästinas
Übersetzung: Timothy Slater

Sonntag
25.10.09
9-13 Uhr

Workshop mit Ilan Pappé
zur Vertiefung der einzelnen Aspekte des Vortrags
Eine einmalige Gelegenheit, unter Leitung des erfahrenen Hochschullehrers tiefer in das komplexe Thema einzudringen. Übersetzung: Timothy Slater

Veranstaltungsort

Pädagogisches Institut des Schul- und Kultusreferats der Landeshauptstadt München
Helmstraße 19, 80539 München
Eingang: Marienstraße
Nahle: Isarstr. 2, Isarstr.

Eintrittspreise

Alle drei Veranstaltungen: 15,-/9,-€, zwei: 10,-/6,-€, eine: 6,-/4,-€

salam
shalom

ARBEITSKREIS PALÄSTINA / ISRAEL
Kontakt: info@salam-shalom.org, www.salam-shalom.org
Warenstraße 19, 80539 München

salam
shalom

ARBEITSKREIS PALÄSTINA-ISRAEL E.V.

www.salamshalom-ev.de · salamshalom.ak@googlemail.com



Ilan Pappé ist einer der Protagonisten der „Neuen israelischen Historiker“, deren Programm es ist, die herkömmliche und offizielle Geschichtsschreibung des Zionismus und des Staates Israel durch ihre wissenschaftliche Forschungsarbeit zu korrigieren. Politisch plädieren sie (mit der bedauerlichen Ausnahme von Benny Morris) für einen gerechten Interessensausgleich mit den Palästinensern. Ilan Pappé tritt darüber hinaus für einen gemeinsamen demokratischen Staat von Juden und Palästinensern ein. 2006 veröffentlichte Ilan Pappé auf der Grundlage von Augenzeugenberichten und neu zugänglichen Dokumenten aus israelischen Militärarchiven sein Buch über „Die ethnische Säuberung Palästinas“ im Zusammenhang mit der Gründung des Staates Israel 1947/48 (Deutsche Ausgabe 2007 im Verlag Zweitausendeins, seither zahlreiche weitere Auflagen). 2010 erschien bei Pluto Press in London „Out of the Frame“, sein kritischer Bericht über den „Kampf für die Freiheit der Wissenschaft in Israel“, so der Untertitel.

Ilan Pappé wurde 1954 in Haifa geboren, als Sohn deutscher Juden, die in den 30er Jahren aus Nazi-Deutschland hatten fliehen müssen. Mit 18 Jahren trat er seinen Dienst in der israelischen Armee an und machte 1973 den Yom-Kippur-Krieg auf den Golan-Höhen mit. Er studierte Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und promovierte in Oxford. Zwischen 1992 und 2000 war er Akademischer Leiter des Friedensforschungsinstituts in der Bildungs- und Begegnungsstätte Givat Haviva. Von 2000 bis 2008 leitete er das Emil-Touma-Institut für Palästina-Studien in Haifa. Bis 2007 lehrte er als Außerordentlicher Professor politische Wissenschaften an der Universität seiner Heimatstadt. Nach seiner erzwungenen Emigration arbeitet er jetzt als Professor an der Universität Exeter in Großbritannien am Institut für Arabische und Islamische Studien. Er ist Direktor des dortigen Europäischen Zentrums für Palästina-Studien und Co-Director des Exeter-Zentrums für Ethno-Politische Studien.

Das Echo auf die Aussperrung von Professor Ilan Pappé durch die Landeshauptstadt München

DOKUMENTATION
BERICHT
ERÖRTERUNG

Zweite erweiterte Auflage

Veröffentlicht im Januar 2011

Verfasst von Harm Rösemann
im Auftrag von

**salam
shalom** ARBEITSKREIS
PALÄSTINA-
ISRAEL E.V.

Vorbemerkung

Die Dokumentation schildert den Gang der Ereignisse chronologisch – anhand ihres Echos. Sie folgt insoweit den Irrtümern und Umwegen bei der Klärung der Vorgänge und wird dadurch zu einem Puzzle, dessen Logik und Wahrheit der Leser sich unschwer selber zusammenreimen wird. Begonnen hat alles mit einer „Stellungnahme“ kurz nach Mitternacht ... (Text: S. 6)

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Stellungnahme der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG München zur Veranstaltung „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ im Pädagogisches Institut des Schul- und Kulturreferats der Landeshauptstadt München

Datum: Wed, 21 Oct 2009 00:31:58 +0200

Von: stefan <stefan.stautner@web.de>

An: istvanst@googlemail.com

Dem eiligen Leser, der sich auf's Wichtigste beschränken möchte, empfehle ich zumal den Beitrag von Bettina Marx (Ziff. 34). Kompetent, treffend, beherzt bringt sie die Essentials des Skandals zur Sprache.

Für Liebhaber summarischer Auskünfte: Wir erhielten 36 Voten für Grundgesetz und Meinungsfreiheit; und 4 Voten für Unterdrückung und Staatsräson (Caspar Schmidt, OB Ude, Prof. Krell, Minister Spaenle).

Von den zahllosen Blogs nahm ich lediglich die nicht-anonyme Ziff. 29 auf. – Unvollständig ist das Meinungsbild aber auch insofern, als längst nicht alle Brief- oder Mail-Schreiber uns ihre Stellungnahmen zugänglich machten. Mehrere von ihnen (darunter auch ich) hatten ihr Schreiben an den OB als ein privates nicht-öffentliches verfaßt; als ein Ansprechen „von Mensch zu Mensch“ in der Hoffnung, unser OB könne das Gesagte dann leichter annehmen. Erst als dieser durch seine Antwort an Ilan Pappe gezeigt hatte, daß er dafür unerreichbar ist – und als Salam Shalom die Absicht einer Dokumentation bekannt gemacht hatte –, stellten die ebengenannten Autoren, soweit sie von dieser Absicht erfuhren, ihre Briefe zur Verfügung. Die hier wiedergegebenen 40 Stellungnahmen von privater Seite erfassen ca. zwei Drittel der an Oberbürgermeister Ude gerichteten Zuschriften (s. dazu Kap. 4).

Vom Echo in den Medien außerhalb der Landeshauptstadt bekamen wir nur sporadisch Kenntnis. Zu sehr waren wir in jenen Tagen (und seither) mit anderen Dingen beschäftigt. Dies erklärt auch den späten Zeitpunkt dieser Veröffentlichung.

Um den gegebenen Umfang nicht zu überschreiten – und auch, um allzu viele Wiederholungen zu vermeiden –, habe ich die Zuschriften des öfteren drastisch gekürzt. Grausamkeiten dieser Art sind bei Leserbrief-Wiedergaben bekanntlich üblich.

Redaktionelle Anmerkungen zu den Dokumenten sind in Kursivschrift gesetzt.

Inhaltsübersicht

1.	Der Auslöser: Eine Mail der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG München	6
2.	Darstellung des Konflikts durch die ersten zwei Mitteilungen über ihn	6
3.	Das Echo Oktober bis Dezember 2009	7
	Inge Reger (1) – Dieter Helbig (2) – Viktoria Waltz (3) – Jürgen Stappenbeck (4) –	7-8
	Abraham Melzer I (5) – Sabine Matthes I (6) – Randall Stoltzfus (7) –	9-10
	Clemens Messerschmid (8) – Ursula Rosenbaum (9) – Clauge Grégoire (10) –	10-12
	KV Die Linke München (11) – Bundesverband Arbeiterfotografie (12) –	12-13
	Caspar Schmidt (13) – Fuad Hamdan (14) – Emma Auch-Dorsch (15) –	13-15
	Adelheid von Guttenberg (16) – Gert Krell (17) – Siegfried Ullmann 1 (18) –	15-16
	Pater Rainer Fielenbach (19) – Christa Ortmann (20) – Ilse Sauer (21) –	16-18
	Stadtratsfraktion Grüne / rosa liste (22) – Petra König (23) - SZ I (24) –	18-19
	Rolf Verleger (25) – Ilan Pappe (26) – Rolf Eckart (27) – SZ II (28) –	19-21
	Leo Brux, IG (29) – taz (30) – Günter Wimmer (31) – Peter Voß / OB Ude I (32) –	21-23
	Jüdisch-palästinensische Dialoggruppe München (33) – Bettina Marx (34) –	24
	ND I (35) – Wolf Dieter Sanzin (36) – Harm Rösemann (37) – attac München (38) –	25-27
	Hajo Meyer (39) – Jüdische Zeitung (40) – junge welt / Rolf-Henning Hintze I (41) –	27-28
	Yedioth Ahronot (42) – Academics for Justice (43) – OB Christian Ude II (44) –	29
	Claudia Decker / BR (45) – SZ II (46) – Stadtschulrätin Weiß-Söllner I (47) –	30-31
	Salam Shalom (48) – Abraham Melzer II (49) – Anton Habersetzer (50) –	31-32
	Siegfried Ullmann II (51) – Günter Schenk I (52) – Sabine Matthes II (53) –	32-33
	Hans Krieger (54) – Alfred Grosser (55) – Günter Schenk II (56) –	33-34
	ND II / Rolf-Henning Hintze (57) – Stadtschulrätin Weiß-Söllner II (58) –	34-36
	SZ III (59) – merkur online / Minister Spaenle (60) – ND III (61) – OB Ude III (62)	36-39
4.	Abschließend zum dokumentarischen Teil, die Ergebnisse der Akteneinsicht	39
5.	Ein Fazit aus dem vorliegenden Echo	39
	5.1. Die Summe der Urteile zu den Sachfragen	39
	5.2. Die Urteile zu den Sachfragen im einzelnen	40
6.	Zur Vorgehensweise der Stadtspitze	40
	6.1. Man zögert, auf die Äußerungen der Stadtspitze näher einzugehen	40
	6.2. Und wie sah der tatsächliche Verlauf aus?	40
	6.3. Zusammenfassend sind vier Skandaltatbestände festzuhalten	41
	6.4. Ungeklärt bleibt die Frage, ob und inwieweit OB Ude einbezogen war	41
7.	„Ja wo leben wir denn?“	41
	7.1. Christian Ude stellte diese Frage	41
	7.2. Und wie Christian Ude, möchte auch Prof. Krell	41
8.	Ein Gespräch mit Franz Maget	42
9.	Zwei Fragen	42
10.	Anhang	43-50
	Vier Dokumente von Salam Shalom	
	Impressum	51

1. Der Auslöser des Konflikts: Eine Mail der DIG

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadträte, geschätzter Oberbürgermeister Christian Ude,

vom 20. – 22. Oktober 2009 findet unter dem Titel „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ eine Veranstaltungsreihe im Pädagogisches Institut des Schul- und Kulturreferats der Landeshauptstadt München statt. Der Arbeitskreis Palästina/Israel hat ausschließlich Ilan Pappe eingeladen; einen Wissenschaftler, dessen Lebenswerk darin besteht, nachzuweisen, dass der Staat Israel 1948 nur durch ethnische Säuberungen gegründet werden konnte. Selbst ehemalige Weggefährten aus dem Kreis der kritischen neuen Historiker Israels werfen ihm vor, dafür den Weg der Wissenschaftlichkeit verlassen zu haben. Dies führte auch zu seiner Entlassung als Professor an der Universität Haifa.

Der oben genannten Arbeitskreis um den Lehrer Christoph Steinbrink, der sich von einer „Israel Lobby“ verfolgt fühlt, ist kaum mit Objektivität zu rechnen. Was uns aber zutiefst besorgt ist, dass die Landeshauptstadt München ihr Pädagogisches Institut des Schul- und Kulturreferates dafür zur Verfügung stellt. Dieser Veranstaltungsort suggeriert, es handele sich um ein Fortbildungsangebot der Stadt und nicht um eine antiisraelisches Propagandaveranstaltung.

Ginge es den Veranstaltern, wie sie selbst behaupten, um eine Debatte „jenseits von Polemik und Rechthaberei“ (lt. offiziellem Begleittext der Veranstaltung) wäre auch ein Vertreter einer Gegenposition zu Herrn Pappe, etwa der renommierte Münchner Professor Michael Wolffsohn, eingeladen worden.

So wie sich die Veranstaltung im Moment darstellt, wird sie weder ihrem eigenen Anspruch im offiziellen Begleittext gerecht, noch der Position der Landeshauptstadt München

Deshalb bittet die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG München Sie dringend, die Vergabe der Räume zu überprüfen und die Nutzungsvereinbarung zu widerrufen.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Stautner

stev. Vorsitzender

Deutsch-Israelische Gesellschaft AG München

Fast nichts an diesem Alarmruf entspricht den Tatsachen. Das Unzutreffende beginnt bereits mit den angegebenen Terminen. Auf die sonstigen Falschmeldungen gehen einige der folgenden Texte ein. Zur Person Stautner, s. Ziff. 23

2. Die beiden ersten Mitteilungen über den Konflikt

2.1. Presseerklärung des Arbeitskreises Palästina/Israel Salam Shalom Stadt München kündigt Räume für Israel-Palästina-Veranstaltung

Eine für dieses Wochenende geplante Folge von drei Veranstaltungen mit dem renommierten israelischen Politologen und Historiker Prof. Ilan Pappe, derzeit Co-Director des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität von Exeter/UK, musste auf Intervention der Stadtspitze heute morgen kurzfristig verlegt werden.

Auslöser für diese Maßnahme der Behörde war ein vom stellvertretenden Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG unterzeichnetes Schreiben an die Mitglieder des Münchner Stadtrates und an Oberbürgermeister Christian Ude.

Wir protestieren als Veranstalter entschieden gegen diesen durch keinerlei Sachargument begründeten Versuch, eine Informationsveranstaltung für mündige Bürger zu verhindern. Es sieht so aus, als sei die Stadtspitze eingeknickt unter dem Druck einer Lobbygruppe, die sich Deutungshoheit darüber anmaßt, welche Meinung sich Deutsche zur Politik Israels bilden dürfen.

München, 23.10.2009

2.2. Süddeutsche Zeitung, 24. Oktober 2009

Kein Raum für umstrittenen Historiker

Er ist in seiner Heimat umstritten, was nicht verwundert, denn Ilan Pappé, einer der sogenannten Neuen Historiker, hinterfragt Legenden um die Bildung des Staates Israel. In München spricht Pappé am Samstag – nur nicht dort, wo er sprechen sollte: im Pädagogischen Institut. Die Stadt München als Hausherr hatte dem Veranstalter, dem beim Eine-Welt-Haus angesiedelten Arbeitskreis Palästina/Israel, am Freitagmorgen mitgeteilt, daß man die Räume entgegen der ursprünglichen Zusage nicht nutzen könne – aus „Sicherheitsbedenken“, wie die Sprecherin des Schulreferats, Eva-Maria Volland, sagt. Man habe Hinweise, daß Proteste geplant seien. Es gebe aber, betont Volland, von Seiten des Referats „überhaupt keine inhaltlichen Bedenken gegen die Veranstaltung“. Die Veranstalter fanden einen Ausweichort bei der Initiativgruppe für interkulturelle Begegnung in der Karlstraße. *mai*

3. Das Echo

(1) 23. Oktober 2009 – Inge Reger, Waidhaus, an Pater Rainer Fielenbach

Wo sind wir denn? Wir müssen andauernd sagen, wir haben sechs Millionen Juden umgebracht. Und da ist einer, der uns was von dem jetzigen Malais der benachteiligten Palästinenser erzählen will, die in Dritte-Welt-Konditionen leben, kein Wasser, viel Dreck, keine Energie und keine Arbeit, Kinder werden nachts in israelische Gefängnisse abgeschleppt, ihre Häuser werden abgebaggert, alles soll unterdrückt werden. Typisch München! Ja, stimmt, in München, da ist die Welt noch in Ordnung! Ja nicht über den Tellerrand hinausschauen!

Mit traurigen Augen und Sinn, wo ist unsere hochgepriesene sogenannte „Demokratie“, von der unsere Kanzlerin jeden Tag spricht? Es ist unfassbar.

(2) 23. Oktober 2009 – Dieter Helbig, Zirndorf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bin Pfarrer der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (i.R.) und beschäftige mich seit Jahren intensiv mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Das Buch von Prof. Ilan Pappé „Die ethnische Säuberung Palästinas“ beruht auf sehr gründlichen Studien in israelischen Archiven und in den Tagebüchern von Ben Gurion. Es erfüllt jeden wissenschaftlichen Standard, rückt allerdings das übliche Bild der Anfänge des israelischen Staates zurecht.

Ich protestiere gegen die seitens der Landeshauptstadt ausgeübte Zensur der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit. Ich fordere Sie auf, diese unbegründete Maßnahme zurückzunehmen und sich öffentlich dafür zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Helbig

(3) 23. Oktober 2009 – Dr. Viktoria Waltz, Dortmund

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister der Stadt München,

kann es denn wahr sein, daß ein kleiner Wind der israelischen ‘Lobby’ in München, vielleicht verursacht durch die Vertreter der jüdischen Gemeinden in Deutschland, wie Frau Knobloch, Sie so in die Enge treiben kann, daß ein kritischer und international anerkannter israelischer Wissenschaftler, Ilan Pappé, in Ihren städtischen Räumen nicht sprechen darf?

Haben wir inzwischen auch zum Thema Palästina/Israel amerikanische Verhältnisse und darf hier in Deutschland, wie in den USA, ohne das OK der Israel-Lobby (dort AIPAC’s)

nichts geschehen? Soll der Kotau bis zum Kriegsabenteuer gegen den Iran vorangetrieben werden? Hat es nicht schon einmal geheißen, wir wußten von nichts? Es ist nicht zu entschuldigen, den Verbrechen an anderen Völkern zuzusehen, weil es genug Informationen und Erfahrungen gab und auch heute gibt. Ist Ihnen der Goldstone-Bericht zu den Menschenrechtsverbrechen Israels in Gaza 2008/2009 nicht bekannt? Ist Ihnen nicht bekannt, daß der Internationale Gerichtshof Israels Mauerbau verurteilt hat und sofortige Beseitigung und Entschädigung für die geschädigten palästinensischen Gemeinden fordert? Sind Ihnen, wenn es um Israel geht, internationales Recht, Menschenrechtskonventionen und Forderungen der Genfer Konventionen egal? Wollen Sie wirklich verhindern, daß die Öffentlichkeit an prominenter Stelle etwas darüber erfährt, daß es zum 'Mythos Israel' nicht nur unterschiedliche Meinungen gibt, sondern auch handfeste Dokumente, über die Ilan Pappé sprechen wird? Wollen Sie sich wirklich vorwerfen lassen, daß Sie dazu beitragen, daß nur einer Seite des Konflikts Israel/Palästina Raum gegeben wird, und sich als Stadt aktiv an der Meinungsmanipulation beteiligen?

Die Stadt München sollte ihren vielen ausländischen Gästen und ihrer vielfältigen Bevölkerung mit Offenheit begegnen und nicht ein Klima der Intoleranz schüren. Andernfalls macht sie sich doch dadurch lächerlich, daß sie einer kleinen Minderheit erlaubt, Toleranz zu zerstören, wo sie besonders notwendig ist, und einen offenen Dialog verhindert. Es muß doch zu denken geben, daß Sie sich in Abhängigkeit von Organisationen begeben, die offensichtlich nicht einfach als jüdische Gemeinde Münchens agieren, sondern als Arm eines Staates handeln, der unentwegt internationales Recht bricht und Kriege mit seinen Nachbarn führt, statt sich auf einen fairen Dialog und eine gerechte Friedenslösung ohne Vorbedingungen einzulassen. In der Hoffnung, daß Sie Ihre Entscheidung rückgängig machen und Ihre Räume dem AK Salam/Shalom weiterhin für die Reihe 'Mythos Israel' zur Verfügung stellen

mit freundlichen Grüßen

Dr. Viktoria Waltz

(von 1997-2000 Regierungsbeauftragte zur Beratung des Wohnungsbauministeriums in Gaza und Ramallah, 2000-2006 Partnerschaftsbeauftragte der Universität Dortmund zum Aufbau eines Masterstudiengangs 'Urban Planning and Design UPLD' an der Birzeit-Universität Ramallah, 2007/2008 Consultant des Planungsbüros ARIJ Applied Research Institute Jerusalem)

(4) **23. Oktober 2009 – Jürgen Stappenbeck, Erlangen-Tennenlohe**

Liebe Salam-Shalom-Friedensfreunde in München,

zu den Aktivitäten der DIG: In Erlangen haben sie das gleich Spiel getrieben wie jetzt in München. Zum 15.10. war Frau Langer eingeladen. Die Erlanger Nachrichten haben der DIG Mittelfranken und der Erlanger Jüdischen Kultusgemeinde Schützenhilfe gegeben, die beide die Veranstaltung mit Felicia Langer torpedieren wollten. Sie hatten damit keinen Erfolg. Auch die Verunglimpfung eines evang. Pfarrers hatte keinerlei Eindruck gemacht. Die Veranstaltung fand statt – in übervollem Saal. Das Publikum war sehr diszipliniert, keine Störungen während des Vortrags von Felicia Langer. Die anschließende Diskussion verlief normal. Ein jüdischer und ein DIG-Beitrag stießen bei der Mehrheit der Zuhörer auf Unverständnis. (Ich habe die Veranstaltung besucht.)

Also, in Erlangen hatte die DIG keinen Erfolg mit ihrem Erpressungsversuch, die Öffentlichkeit zu manipulieren.

Freundliche Grüße – Jürgen Stappenbeck

P.S. Ich komme am Samstag + Sonntag zu Ilan Pappé, Karlstr. 50, München

(5) **23. Oktober 2009 – Abraham Melzer, Neu-Isenburg**

Sehr geehrter Herr OB Ude,

seit Monaten wird eine Ringvorlesungsreihe zum Thema Nahost-Konflikt in München vorbereitet. Sie sollte in den Räumen des Pädagogischen Instituts der Stadt München stattfinden und wurde heute ohne inhaltliche Begründung untersagt.

Es würde mich interessieren, warum der Raum so kurzfristig gekündigt wurde und ob es etwas zu tun hat mit dem Mail der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 21. Oktober, also vorgestern, in dem man Ihnen nahe gelegt hat, die „Nutzungsvereinbarung“ für die Räume zu überprüfen und zu widerrufen.

Ist das ein Zeichen von Meinungsfreiheit in unserem Land? Als Redakteur und Herausgeber der jüdischen Zeitschrift SEMIT (www.dersemmit.de) muß ich darüber berichten, wie hier willkürlich Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

Ich hoffe, daß Sie mir antworten werden. Ich bitte aber um eine Antwort zur Sache und keine Ausrede, daß man nicht zuständig ist, wie das Ihr Pressesprecher getan hat.

Mit freundlichen Grüßen
Abraham Melzer

(6) **Gesendet: Samstag, 24. Oktober 2009**
Betreff: Sabine hier: „Fast mundtot in München, aber nur fast ...“

Hallo zusammen,

heute abend hat sich ein mittlerer Skandal in München ereignet, auf den ich eigentlich schon länger warte ... Nämlich einen, der auf unsere Demokratie und Redefreiheit in Deutschland abzielt und der uns Deutsche wieder in den Nazi-Sumpf zurück wirft, denn da gehören wir als Deutsche wohl hin?????

Heute sollte der erste Abend der 3-tägigen Veranstaltungsreihe des israelischen (kritischen) Politologen und Historikers Prof. Ilan Pappé stattfinden, um 19:30 in einem seit langer Zeit angemieteten Raum im Pädagogischen Institut des Schul- und Kultusreferats der Landeshauptstadt München in der ruhigen Herrnstraße.

Ich hetze hin nach der Arbeit und schaffe es, pünktlichst um 19:30 dort zu sein, Licht brennt, aber kein Mensch da und die Türen sind verschlossen. Nach kurzer Verschnaufpause und Gedankensammeln entdecke ich ein hellblaues Schild: Veranstaltung verlegt in die Karlstraße. Was ist los? Dann entdecke ich ein umgeknicktes Blatt Papier und ziehe es hoch:

VERANSTALTUNG VERBOTEN

Verwirrung, ein weiterer Blick auf das hellblaue Schild ergibt, das ein Shuttle um 19:30 fährt, Blick auf die Uhr: 19:32, schnell runter zur Straße, der Bus steht noch da. Grimmige und traurige Gesichter im Bus...

Im Bus haben wir erst einmal erfahren, was passiert ist: Die uns bekannten Obrigkeiten unter der Leitung einer gewissen Mrs. K. haben bis heute morgen um 9 Uhr gewartet, die Veranstaltung zu „verbieten“ (halloooo, wo sind wir eigentlich?) und somit komplett platzen zu lassen (und unser OB außer Landes, aber der ist ja sowieso ihr best friend), so daß eigentlich kaum noch Möglichkeit war, etwas Neues zu organisieren. Aber anscheinend hat man bei der Obrigkeit nicht mit den Jungs von Salam Shalom gerechnet, die eine improvisierte Variante des Abends organisiert haben. Und vielleicht hat sich Frau K. jetzt endlich ins eigene Fleisch geschnitten, und sie hat mit dieser Aktion genau das Gegenteil bewirkt. Wie ich gehört habe, sind heute (deutschlandweit) bei Salam Shalom die Telefone heißgelaufen....

Ich bin stinksauer. Und eigentlich fließen mir die Kraftausdrücke nur so aus den Fingern aber ich halte mich zurück. Ich habe nicht gezählt, aber es waren sehr viele Leute da heute abend, glücklicherweise.

Wo ist unsere Demokratie und Meinungsfreiheit? Nicht mehr existent, oder wie? Wer kann sich anmaßen und wer hat die Macht in diesem Land, eine Veranstaltung einfach so zu VERBIETEN?

(7) **24. Oktober 2009 – Randall Stoltzfus**

Die Stadt München hat dem Veranstalter der eingangs genannten Vortragsreihe ohne Begründung mitgeteilt, dass der Veranstaltungsort nicht mehr zur Verfügung steht. Der Veranstalter, eine palästinensisch-jüdische Dialoggruppe, war genötigt rasch einen Ausweichort zu finden, was gelungen ist.

Dieses Vorgehen der Stadt München kann, sofern sich der Sachverhalt tatsächlich so darstellt, wie er seitens des Veranstalter kommuniziert wurde, nur als skandalös bezeichnet werden. In Deutschland gilt immer noch die freie Meinungsäußerung.

Gegen Rechtsradikale meist nicht vorgehen zu können, weil sie von der Meinungsfreiheit geschützt sind, ist ärgerlich, aber einen renommierten Forscher mit einem Maulkorb versehen zu wollen, weil er hier vortragen möchte, was seitens der internationalen Historikergemeinde längst akzeptiert ist, ist eine unerträgliche Vorstellung.

München ist – siehe zum Beispiel Christopher Street Day mit OB Christian Ude stets vorweg – als höchst liberale Stadt bekannt. Wäre daher wichtig zu erfahren, welches Motiv oder Interesse hinter diesem schäbigen Zensurversuch steht.

(8) **24. Oktober 2009 – Clemens Messerschmid, Ramallah**

Sehr geehrter Herr Ude,

Ich bin fassunglos ueber das juengste Raumverbot fuer den ueberaus renommierten, mutigen und kritischen israelischen Intellektuellen Ilan Pappé.

Die SZ titelt, Pappé sei „umstritten“. Ist dies bereits eine Schande in den Augen der sozialdemokratisch regierten Stadt? Ist es ausreichend dafuer, dass die Stadt ihm dem Raum sperrt?

Ihre Bedienstete, Frau Volland, schiebt „Sicherheitsbedenken“ vor. Diese „Bedenken“ sind aber neu (der Raum war ja bereits zugesagt) und gehen offenbar auf den Schmaehbrief der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG zurueck, in dem sich ein Herr Stautner um die Objektivitaet und Wissenschaftlichkeit der Veranstaltung (mit der er aber nichts zu tun hat). Sorgen macht. Es ist Herrn Stautnerunbelassen, die Ideen, Thesen und Argumente Pappés persoendlich zu verschmaehen und sich zu wuenschen, sie existierten nicht.

Dass er nach der Obrigkeit klingelt, ist jedoch schon deutlich weniger akzeptabel. Der Skandal besteht aber nicht darin, dass eine regierungs-affirmative Lobby fuer das Israel eines Netanyahu und Lieberman Druck gegen kritische, streitbare Positionen ausuebt. Die Schande ist vielmehr, dass Sie sich, Herr Ude, als Oberbuergermeister der Weltsstadt mit Herz dazu hergeben, jener feinen Lobby auch tatsaechlich den Buettel zu spielen.

Oder sollte ich etwa das Argument unpolitischer Sicherheitsbedenken ernst nehmen? Geht die Bedrohung der Sicherheit in Ihren Augen von eben jenem Herrn Stautner aus? Muesste es nicht im Gegenteil der Stadt Muenchen zur Ehre gereichen, fuer „Sicherheit“ zu sorgen?! Ich halte diese Ausflucht schlicht fuer lachhaft.

Wer wie Herr Stautner, Ilan Pappé ausserhalb des akzeptablen demokratischen (und wissenschaftlichen) Spektrums waeht, zeugt nur davon wie sein eigenes Spektrum beschaffen ist. Ich kenne Ihre persoelichen Ansichten zu Herrn Pappé nicht. Als sozialdemokratischer Buergermeister jedoch sollte es sich Ihnen verbieten, kritische Gegenoeffentlichkeit per Dekret mundtot machen zu lassen. Dies mag ein angemessenes Mittel fuer kleine Despoten sein – aber in Muenchen?

Ist das die Lehre, die Sie aus der besonderen deutschen Geschichte ziehen: Keine kritischen (‘umstrittenen’) Positionen bitte!? Fuer einen Buergermeister Ihrer Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren Herkunft und deren Geschichte, ist das wirklich nur eines: **Eine Schande!**

Mit freundlichen Gruessen, Clemens Messerschmid

(9) **24. Oktober 2009 – Ursula Rosenbaum**

An Herrn Ude – Oberbuergermeister v. München.

Heute habe ich erfahren, dass ein juedischer Autor von der Stadt München ausgeladen wurde, obwohl seit geraumer Zeit bekannt war, dass er auftreten wollte und die Räumlichkeiten dazu schon lange angemietet waren.

Die Brisanz ist, dass er ein Buch schrieb, das eine positive Stellungnahme zu den Palästinentern vertritt.

Er passt also nicht in das Verhältnis, das die deutsche Politik dem juedischen Volk gegenüber seit Ende des Krieges und seit Ende der Naziherrschaft vertritt.

Ich bin froh, dass wir heute eine fast normale Beziehung zur juedischen Bevölkerung in unserem Land haben.

Ich selbst kenne einige Juden, die aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns kamen – aus persönlichen Kontakten. Ich habe auch schon an Demonstrationen gegen Nazis und für Juden teilgenommen, ebenso an Veranstaltungen zum Gedenken an die Nacht der brennenden Synagogen – und das mit juedischen Menschen – Bekannten.

Jetzt aber vertrete ich ganz persönlich die Ansicht, dass es nicht hinnehmbar ist, einen Menschen, der eine sehr differenzierte Ansicht zur Politik Israels hat, einfach auszuladen – somit mundtot zu machen.

Die Menschen in München und anderswo haben ein Recht, sich selbst eine Meinung zu bilden. Das ist aber nur möglich, wenn das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gegeben ist – und bleibt.

Unser schlechtes Gewissen gegenüber den Juden darf uns nicht blind machen für Fehler, die der Staat Israel dem palästinentensischen Volk gegenüber begeht. Wenn wir für Menschenrechte eintreten, dann für ALLE Menschen überall.

Wenn wir Unrecht anprangern, dann überall, wo es geschieht, auch bei „FREUNDEN“. So, wie ich mich für die Taten der Nazi-Herrschaft schäme, schäme ich mich jetzt für die Ausladung dieses Autors.

Unseren juedischen „Freunden“ haben Sie keinen Freundschaftsdienst erwiesen mit diesem Akt. Gerade Freunden soll man Ehrlichkeit entgegen bringen und dazu gehört UNBEDINGT auch eine offene Aussprache über Dinge, die nicht in Ordnung sind, Fehler, ja Menschenrechtsverletzungen.

Mit freundlichen Grüßen – Ursula Rosenbaum

(10) **24. Oktober 2009 – Claude Grégoire, Esch-Alzette, Luxemburg**

An den Oberbürgermeister der Stadt München

Betrifft: Kündigung der zugesagten Räumlichkeiten im Pädagogischen Zentrum der Stadt München für eine Konferenz mit Ilan Pappe

Geehrter Herr Ude,

Ich erlaube mir hier, die kurzfristige Kündigung der Räumlichkeiten seitens der Stadt München – wie mir scheint, auf Druck von außen hin – zu tiefst zu bedauern. Dies aus folgenden Gründen:

In Luxemburg fand am 13. Dezember 2007 eine Konferenz mit Ilan Pappe im renommierten Centre Culturel et de Rencontres Abbaye Neumünster statt. Ein zahlreiches Publikum, darunter viele Historiker, wurde Zeuge einer exzellenten Konferenz, wobei Ilan Pappe u.a. sein Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ vorstellte. Auch in Luxemburg hatte es Versuche gegeben, diese Konferenz zu torpedieren. Doch die Verantwortlichen hatten genug Zivilcourage, dem Druck zu widerstehen.

Ich habe seit dieser Konferenz einen großen Respekt vor der Präzision der Sprache (mündlich und geschrieben) von Ilan Pappe. Er weiß, von was er spricht. Was er sagt, beruht auf wissenschaftlichen Recherchen. Darum auch wohl die Vehemenz derjenigen, die ihn zu diskreditieren versuchen.

Ich habe Verständnis gegenüber der historischen Belastung Deutschlands in der Israel- Frage. Sowohl das Land Luxemburg wie meine eigene Familie (worauf ich hier nicht eingehen möchte) hatte sehr gelitten unter der Nazi Besatzung. Was diese historische Belastung betrifft, bin ich allerdings der Meinung, dass sie kein Grund darstellen dürfte, kritische Stimmen zur Politik des Staates Israel gegenüber dem palästinensischen Volk zu zensieren. Die Palästinenser tragen keine Schuld an der Nazi-Vergangenheit Deutschlands, doch sie leiden seit 60 Jahren an deren Folgen.

Wenn Deutschland eine Verantwortung gegenüber Israel trägt, dann trägt es auch eine Verantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk. Der Versuch, einen finsternerer Aspekt der Geschichte Israels zu verschweigen, fördert sicherlich weder die wünschenswerte Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern noch die Anstrengungen, endlich Frieden und Gerechtigkeit in dieser Region zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen – Claude Grégoire

(11) **Beschluß der Kreismitgliederversammlung der Partei DIE LINKE vom 25.10.2009**

Der Kreisverband München sieht in der versuchten Verhinderung einer Vortragsveranstaltung des israelischen Historikers Ilan Pappe eine Verletzung der Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit und verurteilt dies schärfstens.

Pappes Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ (in Deutschland 2007 bei Zweitausend-eins erschienen) stößt unter Experten auf großes Lob wie auf Ablehnung. Das ist bei Debatten unter Wissenschaftlern alles andere als ungewöhnlich. Um sie offen und auch kontrovers führen zu können, brauchen Wissenschaft und Gesellschaft die Grundrechte der Meinungs-, Wissenschafts- und Pressefreiheit.

Daß Deutschland wegen seiner Vergangenheit politisch befangen ist und in hohem Maß politisch sensibel reagieren muß, wenn es um jüdische Belange geht, ist unstrittig. Der Versuch aber, Israel wegen der deutschen Vergangenheit gegen Kritik durch Informationsverweigerung und Raumverbote zu immunisieren, ist moralisch ungläubwürdig und politisch inakzeptabel.

In diesen Fragen gibt es eindeutige Standards für politisches Verhalten und für die politische Kultur. Es geht um die Beachtung und strikte Einhaltung der Grundrechte. Die Stadt München hat diese Standards verletzt. Sie hat ihren Bürgerinnen und Bürgern damit einen schlechten Dienst erwiesen. DIE LINKE in München fordert Oberbürgermeister Christian Ude auf, sich bei Prof. Pappe und der Münchner Bevölkerung zu entschuldigen.

(12) 25. Oktober 2009 – Erklärung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie, Köln

Der Bundesverband Arbeiterfotografie hat mit Erschrecken zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Veranstaltungsreihe mit Ilan Pappe vom 23. bis 25. 2009 in den Räumen des Pädagogischen Instituts der Stadt München ohne inhaltliche Begründung untersagt worden ist. Es ist nicht zu fassen, wie in einem demokratischen Staat, der allen seinen Bürgern in Grundgesetz Artikel 5 das Recht auf freie Meinungsäußerung und ungehinderten Zugang zu Information garantiert, ein solcher Schritt möglich ist. Es ist vollkommen inakzeptabel, wenn Interessengruppen über dem Grundgesetz stehen und darüber entscheiden, wann Grundrechte außer Kraft gesetzt werden. Wir erwarten von den Verantwortlichen eine Stellungnahme.

(13) 25. Oktober 2009 – Caspar Schmidt in *Hagalil*

Die Stadt München zeigt Ilan Pappe die rote Karte / Über den gescheiterten Versuch, der Veranstaltungsreihe „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ mit Ilan Pappe einen seriösen Anstrich zu verpassen ...

Die Protagonisten um Eckhard Lenner und Christoph Steinbrink haben es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, der „Israel-Lobby“ und einer halluzinierten „Medienverschwörung“ die „Wahrheit“ entgegenzuhalten. Diese, ihre „Wahrheit“, ist schnell zusammengefaßt: Israel ist ein Völkermörder, Kriegstreiber, Weltvergifter, und Israels Genese folgt einem strengen Vernichtungs- und Vertreibungsplan, der bis ins Heute hinein nachwirkt, über den man aber eben – vor allem als Deutscher – zu schweigen hat.

Steinbrink ist aber guten Mutes, denn, so Steinbrink, trotz des Antisemitismusvorwurfs entscheiden sich immer mehr Deutsche, nicht zu schweigen. Charlotte Knobloch entschied sich ebenso nicht zu schweigen und prüfte schon 2002, ob die Summe der antisemitischen Ausfälle Steinbrinks den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen könnte. Steinbrink und Lenner sind treibende Kräfte des Arbeitskreises „Salam Shalom – Arbeitskreis Palästina/Israel“. Die Rezeptur des entschlossenen Duos ist immer ähnlich. Es werden möglichst radikale Antizionisten als Redner geladen, vorzugsweise Juden, keine Gegenstimmen, und die Mitglieder von „Salam Shalom“ hetzen das deutsche Publikum vom Zuschauerraum aus gegen Israel auf. Die Grenzen vom verdeckten zum offenen Antisemitismus überspringen die Agitatoren dabei mühelos.

Dem Arbeitskreis kommt Ilan Pappes Buch, Die ethische Säuberung Palästinas, gerade recht. Das wäre bis dahin, der Rezeptur nach, business as usual. Doch mit der Erlaubnis, diese Veranstaltung im Pädagogischen Institut des Schul- und Kultusreferats der Landeshauptstadt München abzuhalten, ist der Gruppe ein großer Wurf gelungen. Dieser offizielle Rahmen impliziert, es handele sich um eine von Objektivität geprägte Zusammenkunft, die gar einer Schulveranstaltung entsprechen könnte.

Der Plan ging aber nicht auf. Das Schulreferat verwehrte Salam Shalom in letzter Minute den Zugang in die städtischen Räumlichkeiten. Die Referats-Sprecherin Eva-Maria Volland erklärte gegenüber dem Münchener Merkur, man habe „Informationen bekommen, die Sicherheitsbedenken“ ausgelöst hätten. Das Pädagogische Institut sei ein „besonders sensibler Ort“. Für diese Sensibilität könnte unter anderem auch die „Deutsch-Israelische Gesellschaft AG München“ gesorgt haben. Der stellvertretende Vorsitzende, Stefan Stautner, verfaßte Dienstag Nacht nämlich ein E-Mail an sämtliche Stadträte. Die „Deutsch-Israelische Gesell-

schaft“ befürchte nicht unbegründet, daß von Seiten der Veranstalter „keine Objektivität“ zu erwarten sei. Die Veranstalter erhielten einen Platzverweis und zogen in die Räume der „InitiativGruppe“ in der Karlstraße um.

Schmidt schließt mit einem Hinweis auf den Panafrikanismus Kongress, der gleichzeitig im Goethe-Institut stattfand und bei dem es „wirklich gegen Rassismus, Völkermord und Unterdrückung“ gegangen sei. Der Kongreß habe mit dem Aufruf geschlossen, „die schwarzen und weißen Masken fallen zu lassen“.

Schmidts Fazit: Die israelkritische Maske braucht von „Salam Shalom“ keiner fallen zu lassen. Der „Ewige Antisemitismus“ scheint auch so gut sichtbar durch.

(14) 25. Oktober 2009 – Fuad Hamdan, München

Lieber Herr Oberbürgermeister Ude,

in Deutschland und in München habe ich das ABC der Demokratie und der freien Meinungsäußerung gelernt.

Um so entsetzter war ich, als ich erfahren habe, daß Sie aufgrund der Intervention der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Frau Knobloch eine Veranstaltung mit dem israelischen Historiker Ilan Pappé im städtischen PI untersagt haben. Die Stadt gibt als Begründung Sicherheitsbedenken an. Herr Oberbürgermeister – das ist eine Ausrede. Außerdem wäre es ein Skandal, wenn die Stadt München nicht in der Lage wäre, die Sicherheit einer Veranstaltung in ihren Räumen zu gewährleisten. Das Oktoberfest wurde ja auch nicht abgesagt, weil es Terrorandrohung gab.

Ich denke, es war eine politische Entscheidung. Die DIG schreibt, Ilan Pappé sei umstritten, natürlich ist er das für bestimmte politische Kreise. Auch Sie sind in bestimmten Kreisen der CSU politisch umstritten, trotzdem sind Sie ein fähiger Oberbürgermeister, der zum Nutzen und Wohl der Stadt agiert, und meine Entscheidung, Sie zu wählen, war richtig.

Aber wieso wird es dem aufrichtigen und kritischen Israeli Ilan Pappé untersagt, in einem städtischen Raum aufzutreten, Rassisten und Kriegstreiber wie Frau Knobloch hingegen werden geradezu hofiert? Haben Frau Knobloch und die Israel-Lobby die „Meinungshoheit“ in dieser Stadt, was das Thema Nah-Ost betrifft?

Es wäre ein Zeichen der Größe, wenn Sie sich bei dem Referenten, den Veranstaltern und den betroffenen Bürgern für diese Entscheidung entschuldigen würden.

Mit freundlichen Grüßen
Fuad Hamdan

(15) 25. Oktober 2009 – Dr. Emma Auch-Dorsch, München

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,

auf meine Anfrage wegen der plötzlichen Kündigung zugesagter Räume teilte mir Frau Rauch mit, daß keine Pflicht bestehe, mir das als Münchner Bürgerin zu erklären. Als ich mich als Ärztin, Menschenrechtsbeauftragte des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes und Delegierte der Bayrischen Landesärztekammer vorstellte, bekam ich die Zusage eines Rückrufs, der allerdings nicht getätigt wurde. Als ich später Frau Volland anrief, teilte mir diese mit, daß die Räume aus Sicherheitsgründen abgesagt worden seien. Welche Sicherheitsgründe dies seien, könne sie mir nicht sagen.

Der Brief der Deutsch-Israelischen Gesellschaft enthält Behauptungen, die nicht haltbar sind. Herr Professor Pappé ist Oxford-Absolvent und hat dort promoviert. Er ist an der Universität Haifa nicht entlassen worden, das ist für Sie überprüfbar. Im Übrigen hatte nicht nur die Uni-

versität Innsbruck letztes Jahr kein Sicherheitsproblem mit einer derartigen Veranstaltung. Ich möchte Sie daher bitten, Ihre Position zu überdenken. Wichtig erscheint mir eine Entschuldigung bei Herrn Professor Pappe und den Veranstaltern.

Hochachtungsvoll – Dr. Emma Auch-Dorsch

(16) 25. Oktober 2009 – Adelheid von Guttenberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich habe Sie immer verehrt, als Mensch und als Stadtoberhaupt. Ich bin keine Antisemitin, aber an einem Frieden im Nahen Osten interessiert und auch an der Demokratie in Deutschland. Und da haben Sie mich sehr enttäuscht.

Was sich im Blick auf Israel – den Staat wohlgerne, nicht „die Juden“ – bei uns abspielt, ist nicht mehr nachvollziehbar und eines demokratischen Gemeinwesens höchst abträglich! Wieso hat eine Gesellschaft nun die Macht, über Entscheidungen der Stadt zu bestimmen? Beginnen wir in einer Diktatur zu leben?

Wieso ist es nicht genehm, Kritik an einem Staat Israel und den Menschenrechtsverletzungen zu üben? Dürften in einem städtischen Raum auch keine russischen, iranischen oder sonstigen Historiker bzw. Dissidenten zu Wort kommen?

Warum um Gottes willen glauben Sie und andere in Kirche und Gesellschaft, daß dies ein Beitrag zum Frieden sein kann? Ich kann das nicht mehr begreifen.

Was wäre gewesen, wenn in England z. B. ein Bischof Bell, der sich für die deutschen Dissidenten wie Bonhoeffer eingesetzt hat, mehr Gehör gefunden hätte?

Vielleicht hat das alles ja auch mit unserer Rüstungswirtschaft zu tun, denn da können wir doch große Geschäfte machen und die Räder laufen.

Wie traurig!

Mit freundlichen Grüßen

Adelheid von Guttenberg

**(17) Oktober 2009 – Prof. Dr. Gert Krell, Frankfurt, in der Jüdischen WZ
Genau so gehandelt**

Zum Streit über den Vortrag des Historikers Ilan Pappe in München

Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, der die zugesagten städtischen Räumlichkeiten für Veranstaltungen mit dem israelischen Historiker Ilan Pappe kurzfristig nicht mehr zur Verfügung stellte, sieht sich heftiger Kritik ausgesetzt. Anders als viele Freunde und Berufskollegen hätte ich so wie er entschieden.

Ich schätze Ilan Pappes Schriften, halte auch sein Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ – darum ging es schwerpunktmäßig auf den Veranstaltungen – für eine wichtige Gegenposition zu den auch in Israel verbreiteten nationalistischen Gründungsmythen. Aber es ist ein unter Fachleuten äußerst umstrittenes Buch, das in seinen Wertungen des ersten arabisch-israelischen Krieges Balance vermissen läßt, weil die Anteile der arabischen Seite am Konflikt fast ausschließlich als (legitime oder verständliche) Reaktionen erscheinen. Dabei kommen die arabisch/islamische Judenfeindschaft in der Mandatszeit und die wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen und Eskalationsprozesse zu kurz. Hätten die Araber den Krieg gewonnen, wären voraussichtlich die Juden vertrieben worden.

Es gehört zum Konsens in Deutschland, daß von staatlicher Seite gegenüber antiisraelischen Positionen eine Distanzierung stattfindet. Nun ist die Differenz zwischen Israelkritik und anti-

israelischen Positionen nicht von vornherein plausibel. Zweifellos wird der Vorwurf des Antisemitismus oder des Antisraelismus mißbraucht. Aber für staatliche Stellen gilt: im Zweifel für Israel. Die Stadt München kann sich nicht mit einem Autor identifizieren lassen, der für einen Boykott israelischer, d.h. jüdischer Einrichtungen eintritt; und zwar unabhängig davon, wie der Staat Israel und die israelische Gesellschaft selbst mit diesem Autor umgehen.

Hinzu kommt, daß es auf der deutschen Linken eine antizionistische Tendenz gibt, die Übergänge zum Antisemitismus enthält. Der linke Antizionismus steht in einer antiimperialistischen Tradition. Diese ist keineswegs abwegig, aber sie halbiert den Nahostkonflikt wie es in Deutschland nicht zulässig ist. Wir Deutschen können nicht vom Zusammenhang zwischen NS-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt absehen. Die unkritische Aufnahme von Pappes Buch bei vielen Zionismuskritikern läßt bei mir den Verdacht auf sekundäranisemitische Beimischungen aufkommen: D.h. es geht über die Reduzierung des Nahostkonflikts auf seine imperialistischen Anteile nicht nur um eine Entlastung der Araber, sondern auch um eine Entlastung von deutscher Vergangenheit und Verantwortung. Solche Tendenzen sollte ein SPD-Oberbürgermeister nicht fördern.

Prof. Dr. Gert Krell, emeritierter Professor für Internationale Politik
an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main

(18) 25. Oktober 2009 – Siegfried Ullmann, Alfter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

mit Unverständnis und Bestürzung habe ich gelesen, daß ein Vortrag des israelischen Professors Ilan Pappé im Pädagogischen Zentrum der Stadt München durch einen kurzfristigen Widerruf der Nutzungsgenehmigung auf Veranlassung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) München verhindert wurde.

Dies ist ein unzulässiger Eingriff in das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und eine beschämende Kapitulation vor Denkverboten. Sie bestätigt die von den amerikanischen Professoren Walt und Mearsheimer in ihrem Buch „Die Israel-Lobby“ beschriebenen Methoden, jegliche offene Auseinandersetzung mit der israelischen Geschichte und Politik zum Tabu zu erklären. Jeder, der die israelischen Mythen in Frage stellt oder von Israel verübte Menschenrechtsverletzungen dokumentiert oder benennt, wird sofort als antisemitisch diffamiert, selbst wenn er Jude ist, wie die UN-Sonderbeauftragten Goldstone und Falk.

Die Verhinderung einer offenen Debatte und damit die Kapitulation vor Denkverboten halte ich für unentschuldig. Da hat der Oberbürgermeister von Tübingen nach der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felizia Langer mehr Rückgrat bewiesen. Felizia Langer und Ilan Pappé gehören zu denjenigen, die genau das tun, was uns immer gesagt wird: Nicht wegsehen, sondern sich einmischen, wenn anderen Menschen Unrecht geschieht. Für eine Stellungnahme wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen – Siegfried Ullmann

(19) 25.10.2009 – Pater Rainer Fielenbach OCarm, Straubing

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude!

Es ist wirklich nicht zu glauben und nicht mehr hinzunehmen, daß in einem demokratischen Staat und in einer Stadt wie München auf Bitte einer kleinen Gruppe eine solche Aktion seitens der Stadt München heute noch bzw. wieder möglich ist.

Sind wir zurück auf dem Weg in die Zeit, als nur noch gesagt werden durfte, was von „oben“ genehmigt wurde?

Warum haben Sie nicht wie im vergangenen Jahr entschieden, als der Vortrag von Frau Eveline Hecht-Galinski in ähnlicher Weise gestoppt werden sollte und eine ähnliche Forderung an Sie herangetragen wurde? Da haben Sie sich ja auch nicht vor den Verbotskarren der Israel-Lobby spannen lassen.

Als letztverantwortlichem Vertreter der Stadt München erwarte ich von Ihnen, gegenüber den Initiatoren und Prof. Ilan Pappe eine Entschuldigung bezüglich der Ausladung aus den Räumen des Pädagogischen Instituts auszusprechen.

Unser Grundgesetz hat nicht ohne Grund die Meinungsfreiheit als eine der tragenden Säulen für unseren Staat definiert. Der Artikel der Meinungsfreiheit soll und darf auch in München unter keinen Umständen in Zukunft angetastet werden.

Mit freundlichen Grüßen – P. Rainer Fielenbach

(20) 25. Oktober 2009 – Prof. Dr. Christa Ortmann, Otterfing

Sehr geehrter Herr Ude,

die Welle der Empörung, die der extrem kurzfristige Widerruf der Raumzusage für die Veranstaltungsreihe mit Ilan Pappe vom 23.-25.10. am Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt ausgelöst hat, ist das vielleicht einzig Positive an diesem skandalösen Vorgang. Nicht inhaltliche, sondern „Sicherheitsbedenken“ sollen der Grund dafür gewesen sein? Wessen Sicherheit haben Sie da bedroht gesehen? Wer hat Proteste geplant? Und wenn schon: Hat die Stadt nicht des öfteren bewiesen, daß sie sogar für Sicherheitskonferenzen Sicherheit schaffen und Proteste überwachen kann?

Im Brief des stellvertretenden Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft München AG, Stefan Stautner, vom 21.10. an die Stadträte und an Sie werden Sie dringend gebeten, „die Vergabe der Räume zu überprüfen und die Nutzungsvereinbarung zu widerrufen“. Ich gehe davon aus, daß Sie dieser Bitte gefolgt sind.

Herr Stautner trägt für sein Anliegen zwei Begründungen vor. Die erste: Bei dem Veranstalter, dem „Arbeitskreis Palästina/Israel um den Lehrer Christoph Steinbrink“, sei „kaum mit Objektivität zu rechnen“, einmal, weil er sich „von einer Israel-Lobby verfolgt fühlt“, zum anderen, weil er keinen Vertreter der Gegenposition zu Herrn Pappe“ eingeladen hat. Ersteres ist eine primitive Unterstellung, das andere ist abwegig: seit wann dürfen kontroverse Thesen nicht im Vortrag, sondern nur in einer Podiumsdiskussion oder im Streitgespräch vorgetragen werden, um „Objektivität“ zu garantieren? Im Übrigen war am Sonntag ein Workshop, der Vertretern von Gegenpositionen alle Möglichkeiten öffnete.

Die zweite Begründung ist die entscheidende: „Dieser Veranstaltungsort suggeriert, es handele sich um ein Fortbildungsangebot der Stadt und nicht um eine anti-israelische Propagandaveranstaltung.“ Eine israelkritische Veranstaltung (die das Ilan-Pappe-Wochenende sicher ist!) gilt also automatisch als anti-israelische (Propaganda!) Veranstaltung. Daß Sie sich diesem stereotyp verwendeten, demagogischen Argument angeschlossen haben, ist für mich der eigentliche Skandal, der über die Empörung hinaus die Alarmglocken läuten läßt. Wo ist in einem solchen Statement noch Raum für die von Herrn Stautner selbst geforderte Objektivität, wo der Respekt vor der Meinung des anderen, wo die Freiheit, sie zu äußern und die Pflicht, sie zu schützen – Grundlage der aufgeklärten Demokratie? Nicht einmal in der katholischen Kirche werden kirchenkritische Veranstaltungen als antikirchlich denunziert.

Sehr geehrter Herr Ude, auch wenn das Schulreferat zuständig gewesen sein sollte, Sie sind verantwortlich für diese Fehlentscheidung. Ich bitte Sie inständig, das öffentlich ein-

zugestehen. Jeder verantwortliche Mensch wird ein solches Eingeständnis nicht mit Häme quittieren, sondern er wird Ihren Mut bewundern.

Mit freundlichen Grüßen – Dr. Christa Ortman, Mitarbeiterin bei Salam Shalom

(21) 26. Oktober 2009 – Ilse Sauer, Pullach

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,

Sie gingen in die Knie vor den Wünschen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft!
Offenbar stehen Sie als OB Münchens nicht zu unserem Grundrecht der Presse- und Meinungsfreiheit.

Sie ließen kurzfristig und grundlos am Vormittag des 23.10.09 die Zusage zurückziehen, die Räumlichkeiten des Pädagogischen Instituts des Schul- und Kultusreferats der Landeshauptstadt München, Herrenstraße 19, zu nutzen. Zweifelsohne sollte erreicht werden, daß die Veranstaltungsreihe „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ mit Ilan Pappe, veranstaltet von SALAM SHALOM Arbeitskreis Palästina-Israel, nicht stattfinden konnte. Das ist Ihnen nicht gelungen.

Die Veranstaltung verlief absolut friedlich und ohne jede Zwischenfälle. Das dürfte Ihnen bekannt sein. Es entstanden allerdings Mehrkosten und es wäre nur fair, wenn die Stadt München diese wenigstens erstatten würde.

Leider muß man immer wieder feststellen, daß, wenn es sich um Forderungen von israelischer Seite handelt, die Zivilcourage unserer Politiker auf den Nullpunkt sinkt und das Rechtsbewußtsein außer Kraft gesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen – Ilse Sauer, Teilnehmerin an der Veranstaltungsreihe

**(22) 27. Oktober 2009 - Pressemitteilung der Grünen / rosa liste
und Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Siegfried Benker**

Grüne kritisieren Schulreferat

Warum wurde die israelkritische Veranstaltung mit Ilan Pappe abgesagt?

Die kurzfristige Absage der ursprünglich im großen Saal des Pädagogischen Institutes geplanten Veranstaltungen mit Ilan Pappe, dem früheren Leiter des Institutes für Konfliktforschung an der Universität von Haifa, hat in der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste Irritationen ausgelöst.

Fraktionschef Siegfried Benker bezeichnete die von der Spitze des zuständigen Schulreferats vorgebrachten Sicherheitsbedenken als „unglaublich“ und reagierte mit einer Anfrage zu dem Vorgehen des Schulreferats. Benker will über die angeblichen Sicherheitsbedenken und die der Absage zu Grunde liegenden Informationen Näheres wissen und fragt außerdem nach einer eventuellen Einflussnahme der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Er fragt außerdem, ob das Schulreferat in seinen Räumen überhaupt keine Veranstaltungen mehr zulässt, die sich kritisch mit der Politik des Staates Israel den Palästinensern gegenüber auseinandersetzen, selbst wenn die Referenten anerkannte Persönlichkeiten sind.

Siegfried Benker: „Die Sicherheitsbedenken sind offenkundig nur vorgeschoben. Die kurzfristige Absage dieser Veranstaltung war undemokratisch und ein Akt der politischen Feigheit. Gerade in einem Pädagogischen Institut muss es doch möglich sein, verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Das Schulreferat sollte jetzt wenigstens die Größe haben, sich bei Herrn Pappe und den Veranstaltern zu entschuldigen.“

Zur Anfrage, s. Ziff. (58)

(23) 27. Oktober 2009 – Petra König, EineWeltHaus, München

In Beantwortung einer Anfrage von Salam Shalom:

Herr Stefan Buruth-Stautner ist Diplom-Soziologe, Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der LMU München und Dozent im Münchner Bildungsweg. Er betrieb bislang eine Homepage (mit einem Panzer in ihrem Logo), die mittlerweile aber wohl geschlossen wurde. Ihr zufolge war/ist Herr Stautner den „Antideutschen“ zuzurechnen und gehört dem Rat der Ex-Muslime an. Im Juni 2008 plante er eine Veranstaltung seiner Gruppierung im EineWeltHaus, die als den Statuten des EWH widersprechend versagt wurde:

- Andersdenkende wurden diffamiert und beleidigt als den Neonazis nahestehend
- Pauschale Verurteilungen des Islam zeigten keinerlei Differenzierungsfähigkeit.

(24) 27. Oktober 2009 – Süddeutsche Zeitung

Unter dem Titel „Wirbel um abgesagte Lesung in städtischen Räumen“ ergänzt Julia Amalia Heyer die bisherige Berichterstattung: Zum Vorwurf der „antiisraelischen Propagandaveranstaltung“ habesich die israelische Kultusgemeinde nicht äußern wollen. Die Sprecherin des Schulreferats habe Sicherheitsbedenken als Grund genannt, das Institut nicht zur Verfügung zu stellen. „Die Münchner Polizei ist über diese Bedenken allerdings nicht informiert worden, da sei „gar nichts bekannt“, das sei „bestimmt keine Polizeigeschichte“, sagt Sabine Allertseder, die Sprecherin.

(25) 27. Oktober 2009 – Professor Dr. Rolf Verleger, Lübeck

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,

Ihre Verwaltung ist dem Ratschlag der DIG München nachgekommen und hat dem Kollegen Pappe seinen Vortragsraum entzogen. Die DIG München argumentierte, es sei unstatthaft, wenn eine Veranstaltung „ausschließlich“ vom Kollegen Pappe abgehalten werde; es müsse ergänzend der Kollege Wolffsohn hinzugezogen werden.

Es ergibt sich daraus, dass in Zukunft Veranstaltungen, die „ausschließlich“ vom Kollegen Wolffsohn abgehalten werden, nur noch stattfinden sollten, wenn ergänzend der Kollege Pappe zugezogen wird: Yin und Yang, und Yang und Yin.

So genieße ich das Glück, daß mein Vortrag zu „Judentum und Zionismus“, in dem ausschließlich ich der Referent war und mich sogar öffentlich positiv auf Herrn Pappe bezog, im schönen Literaturhaus im März dieses Jahres noch stattfinden durfte. Ob das in Zukunft wohl anders sein wird? Vielleicht vermittelt die DIG München dann ja auch mir einen Partner.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Rolf Verleger

(26) 28. Oktober 2009 – Prof. Ilan Pappe, Exeter, an OB Ude

Dear Lord Mayor,

I was shocked and offended by your decision to cancel my talk in Munich at the Pädagogisches Institut des Schul- und Kulturreferats der Landeshauptstadt München, organized by the group Salam-Shalom from Friday, 23rd through Sunday, 25th of October, 2009.

My father was silenced in a similar way as a German Jew in the early 1930s and it is sad to witness the very same censorship returning in 2009. Like me, my father and his friends, were

regarded as „humanist“and „peacenik“ Jews whose voice had to be quashed and stopped. I am a leading professor of history in one of Britain's most prestigious universities. I was invited both as a professional historian and as a peace activist. Nowhere in the Europe, and indeed nowhere in the world, did I experience such a repressive attitude and a surrender to the intimidation of few people who claim to represent the Jewish experience and catastrophe. If anything, the memory of my family and many other Jews was abused when I,their direct descent, was not allowed to speak freely in Germany. I am not concerned about my own freedom of speech, as I say this is generously and naturally granted everywhere else in Europe. I am worried, as any decent person should be, about the state of freedom of speech and democracy in present day Germany.

I am sure that by hindsight the municipality would realise that the censorship was a terrible mistake that still can be corrected and I should be re-invited to the Institute.

Yours sincerely, Professor Ilan Pappé
Co-Director Centre for Ethno-Political Studies, University of Exeter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bin erschüttert und vor den Kopf gestoßen durch Ihre Entscheidung, meinen von der Gruppe Salam Shalom organisierten Auftritt im Pädagogischen Institut des Schul- und Kulturreferats vom 23.-25. Oktober 2009 abzusetzen.

Mein Vater wurde als deutscher Jude in ähnlicher Weise in den frühen dreißiger Jahren zum Schweigen gebracht, und es ist traurig, Zeuge der Wiederkehr der gleichen Zensur im Jahre 2009 zu sein. So wie ich heute, wurden mein Vater und seine Freunde als „Humanisten“ und „Friedensjuden“ angesehen, deren Stimmen erstickt und unterdrückt werden mußte.

Ich bin Professor der Geschichtswissenschaften in leitender Position an einer der angesehensten Universitäten Großbritanniens. Ich wurde sowohl als Historiker wie auch als Friedenskämpfer eingeladen. Nirgendwo sonst in Europa, nirgendwo sonst in der Welt habe ich eine derart repressive Haltung und Unterwürfigkeit gegenüber den Einschüchterungsversuchen einiger weniger erlebt, die behaupten, die jüdische Erfahrung und Katastrophe zu repräsentieren. Das Andenken meiner Familie und vieler anderer Juden wurde mißhandelt, als man mir, ihrem direkten Abkömmling, nicht erlaubte, frei in Deutschland zu reden. Ich mache mir keine Sorgen um meine eigene Redefreiheit. Sie wird mir großzügig und selbstverständlich überall in Europa gewährt. Ich mache mir aber Sorgen, und ich denke, jeder anständige Mensch sollte dies tun, über den Stand von Redefreiheit und Demokratie im gegenwärtigen Deutschland.

Zweifellos wird die Stadt rückblickend erkennen, daß die Zensur ein schrecklicher Fehler war und daß er korrigiert werden kann, indem man mich neuerlich in das Institut einlädt.

Mit freundlichen Grüßen – Professor Ilan Pappé

(27) 28. Oktober 2009 – Dr. Rolf Eckart, München

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Entscheidung des Schulreferats, die Raumzusage kurzfristig und mit fadenscheinigen Gründen zu widerrufen, sehe ich einen Anschlag auf die Freiheit der Wissenschaft und auf die von Ihnen stets gerühmte Toleranz und Weltoffenheit Münchens:

a) Die Kurzfristigkeit dieser Aussperrung hätte zum Scheitern der Veranstaltung führen können, was das Schulreferat, will man dies nicht als Zweck der Absage unterstellen, mindestens billigend in Kauf genommen hat.

b) Die vom Schulreferat angeführten „Sicherheitsbedenken“ wegen befürchteter „Proteste“ hätten sich aus „verschiedenen Quellen gespeist“. Das klingt sehr verantwortungsvoll. Aber warum wurde dann nicht die Polizei eingeschaltet und Personenschutz empfohlen? Jedenfalls reicht diese Auskunft weder demokratisch noch rechtsstaatlich zur Legitimation dieses Willküraktes aus. Außerdem ist diese Geheimnistuerei geeignet, Spekulationen hervorzurufen. Man fängt an zu rätseln: sollten etwa Antisemiten gegen den jüdischen Historiker protestieren? Oder vielleicht jüdische Mitbürger, die jede kritische Auseinandersetzung mit der Politik Israels für antisemitisch halten?

c) Die Deutsch-israelische Gesellschaft hat mit ihrem Schreiben an Sie und an die Stadträte ihrem Satzungszweck, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu vertiefen, einen Bärendienst erwiesen. Diese dummdreiste Intervention stellt das Demokratieverständnis des Vereins in Frage. Man darf gespannt sein, ob, wie und mit welchen Folgen die Mitglieder diese Geschichte diskutieren.

d) Da Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zu den Adressaten jenes anmaßenden Schreibens zählen, würde man gern erfahren, wie Sie darauf reagiert haben, zumal Sie vielleicht privat oder von Amts wegen selbst Mitglied dieser Organisation sind. Da auch die israelische Kultusgemeinde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft angehören dürfte, stellt sich weiter die Frage, ob und auf welchem Weg die Entscheidung des Schulreferats durch die israelische Kultusgemeinde beeinflusst worden ist.

Im Interesse der Erhaltung einer urbanen Diskussionskultur bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Öffentlichkeit über die Hintergründe und die Einflußfaktoren dieser für die Stadt so blamablen Affäre aufzuklären. Darüber hinaus wünschte ich mir, daß die Stadt derartige Veranstaltungen in ihren Räumen nicht nur duldet, sondern ausdrücklich fördert. Es geht dabei ja um nichts Geringeres als um Menschenrechte und Frieden im Nahen Osten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Rolf Eckart

(28) **28. Oktober 2009 – Süddeutsche Zeitung**

Grüne: Schulreferat sagt die Unwahrheit

Der Artikel referiert (auszugsweise) die Pressemitteilung der Grünen vom 27. Oktober - vgl. Ziff. (22). Der Artikel schließt:

Benker will nun mit einer Anfrage zum „Raumverbot“ klären, wer nach Ansicht des Referats die Sicherheit der Veranstaltung hätte gefährden sollen. Das Schulreferat hatte sich dazu bislang nicht geäußert, will dies nun aber in schriftlicher Form tun. Die Sprecherin des Schulreferats, Eva-Maria Volland, sagt vorab nur so viel: Die Bedenken hätten sich aus „verschiedenen Quellen gespeist“.

Und zu Benkers Vorschlag, das Schulreferat möge sich bei Herrn Pappe und den Veranstaltern entschuldigen: „Es gibt dazu keinen Grund“. Man habe weder willkürlich gehandelt noch sei man mit den Veranstaltern „ruppig“ umgegangen.

(29) **28. Oktober 2009 – aus einem Blog der InitiativGruppe München**

In Sachen Ilan Pappe: 10 spitzige Fragen an die Stadt

Am Freitag, Samstag und Sonntag hat die InitiativGruppe einer israelkritischen Veranstaltungsreihe Unterkunft gewährt, nachdem die Stadt für den geplanten Veranstaltungsort kurzfristig ein Raumverbot ausgesprochen hat. Siegfried Benker hat dazu für die Grüne Fraktion im Münchner Stadtrat 10 Fragen gestellt. Eine davon lautet:

5. Wer hätte nach Ansicht des Schulreferats die Sicherheit der Veranstaltung gefährden sollen?

Mal sehen, wie sich die Stadt da herauswinden wird. Schadensbegrenzung–oder Gegenangriff, das sind die zwei Optionen. Schwierig dürfte es insbesondere werden, die Begründung des Raumverbots zu rechtfertigen: Die Sicherheitsbedenken. Durchsichtiger kann ein Vorwand kaum sein.

(30) **30. Oktober 2009 – taz: Ein Vortrag – eine Absage – jede Menge Streit**

HISTORIKER-EKLAT Der Israeli Ilan Pappé kritisiert seit Jahren öffentlich sein Heimatland. In München verbot die Stadt nun kurzfristig einen Vortrag Pappés in ihren Räumen – offiziell aus Sicherheitsgründen

BERLIN *taz* Aus einem Vortrag wurde ein mittelschwerer Eklat. Die Münchner Stadtverwaltung ließ den israelischen Historiker Ilan Pappé nicht in städtischen Räumen auftreten. Die Stadtrats-Grünen fordern nun Aufklärung. Sie sprechen von einem „Akt der politischen Feigheit“.

In seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ schreibt Pappé, die Gründung des Staates Palästina sei erst durch die systematische Vertreibung der Palästinenser möglich geworden. Pappés Thesen werden kontrovers diskutiert, doch als Historiker ist er wissenschaftlich anerkannt. Eigentlich ist ein Auftritt von ihm nichts Skandalöses.

Dennoch zog das zuständige Schulreferat die Genehmigung am Morgen vor dem geplanten Auftritt zurück. So sprach Pappé am vergangenen Wochenende in den eilig organisierten Räumen eines Bildungsvereins. Es kamen über 100 Zuhörer.

(Es folgen die bekannten Stellungnahmen)

(31) **30. Oktober 2009 – Günter Wimmer, München**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

tief betroffen,traurig, zornig mußte ich vernehmen, daß die lange vorbereiteten - übrigens trotz der Behinderung dann sehr gelungenen - Veranstaltungen zur ethnischen Säuberung Palästinas kurzfristig aus dem Pädagogischen Institut ausgeladen wurden...

Leider ist es nicht möglich, dieses außerordentlich inhaltsreiche Schreiben hier angemessen wiederzugeben (drei Seiten engzeilig, die unter anderem Udes Verdienste um die Wiederbelebung jüdischen Lebens in München und seine Beiträge zur Münchner Erinnerungskultur nachhaltig würdigen). Immer wieder betont W.:

Pappé ruft die „entsetzliche Geschichte der Säuberung Palästinas“ nicht in Erinnerung, um Israel zu delegitimieren, sondern weil sie „aus der Vergangenheit zu holen, der allererste Schritt ist, den wir tun müssen, wenn Versöhnung jemals eine Chance haben und Friede in den zerrissenen Ländern Palästina und Israel Fuß fassen soll“.

Wimmer schließt:

Mit meinen allerbesten Wünschen für Ihre weitere erfolgreiche Amtsführung wie auch für Sie persönlich – Shalom und Salam!

(32) **1. November 2009 – Dr. Peter Voß, München**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich habe noch zwei Punkte zum Unterdrückungsversuch der Veranstaltungen mit Prof. Ilan Pappé vom 23. bis 25.10.09:

1. In meinem ersten Schreiben habe ich vergessen, Sie darauf hinzuweisen, daß den Veranstaltern durch das Vorgehen der Stadt Extrakosten von EUR 630.– entstanden sind, für die Anmietung eines Busses am Tag der Absage und für die Anmietung einer Lautsprecheranlage, weil der kleinere Ausweichsaal für die Zahl der Teilnehmer nicht ausreichte. Das stellt für jede Friedensgruppe durchaus eine erhebliche Belastung dar. Es ist aus meiner Sicht nur mit einer Entschuldigung nicht getan.

2. Weiterhin möchte ich Sie in diesem Zusammenhang an eine Rede erinnern, die Sie vor einigen Jahren gehalten haben und die mir sehr gut zu diesem Vorfall zu passen scheint. Sie sagten u.a.:

„Liebe Münchnerinnen und Münchner, ob Sie nun jüdischen, christlichen, muslimischen oder gar keines Glaubens sind, ich bin sehr dankbar für diese Kundgebung, denn sie zeigt, daß die Juden in München selbstbewußt auftreten können und dies tatsächlich auch solidarisch tun, sich nicht abdrängen lassen in Hinterhöfe oder Synagogen, sondern in dieser Stadt selbstbewußt als wichtige unverzichtbare Gruppe auftreten, dieses bald auch auf dem Jakobsplatz mit dem Gemeindezentrum tun werden. Und diese Kundgebung gibt uns, den Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Gelegenheit zu vielen Botschaften und Bekenntnissen, die in diesen Wochen der Verwirrungen und auch intellektuellen Schlampereien einfach erforderlich sind. Ich bin, meine Damen und Herren, tatsächlich nicht nur in merkwürdigen Faxen und E-Mails, sondern auch in journalistischen Anfragen allen Ernstes gefragt worden, wie ich an einer so einseitigen Veranstaltung sprechen könnte. Und das muß man schon der Reihe nach durchgehen. Beim Thema Antisemitismus hoffe ich „ja“. Und ich frage mich, wie man beim Thema Antisemitismus überhaupt nur darüber nachdenken kann, ob es eine Ausgewogenheit, ein Einerseits – Andererseits geben soll. Ja wo leben wir denn?

Die Münchner Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit ist sich sehr wohl bewußt, daß Antisemitismus nicht irgendeine Verwirrung des Zeitgeistes wäre, die nach ein paar Talkshows vielleicht wieder erledigt ist. Nein, gerade in dieser Stadt, die mit der historischen Last des Titels „Hauptstadt der Bewegung“ leben muß, wissen wir ganz genau: Antisemitismus ist eine Geisteskrankheit, die unser Land und diese Stadt in den Abgrund des Verbrechens gestürzt hat; und da kann es nur Klarheit geben. Wobei der Antisemitismus unserer Tage in einer neuen Spielart auftritt. Das macht ihn aber nicht harmloser, sondern nach meiner Einschätzung gefährlicher. Es ist nicht mehr die dümmliche Lehre, daß arische Menschen höherwertig und Menschen jüdischer Abstammung minderwertig seien. Das wäre so blöd, daß es keine Resonanz findet. Nein, es wird heute raffinierter mit dem Feuer gespielt. Es wird der Eindruck erweckt, Deutschland leide unter der Last von Denkverboten und Tabus, leide darunter, etwa an jüdischen Persönlichkeiten oder der israelischen Regierung keine Kritik üben zu können, und deswegen sei ein wahrer Patriot – ja fast schon Freiheitskämpfer –, wer hier zu Feld zieht mit plumpen Urteilen, mit vorschnellen Verurteilungen und sich dann feiern läßt als einer, der endlich den Schneid hat, es zu sagen. Und hiermit, meine Damen und Herren, wird doch tatsächlich angeknüpft an antisemitische Klischees, die zum unverzichtbaren Vokabular der nationalsozialistischen Propaganda gehört haben. Da kommt wieder etwas durch – vorsichtig verpackt – vom Weltjudentum oder von den jüdisch beherrschten Medien, gegen die man sich endlich frei machen müsse. Achten wir auf die Zwischentöne und stellen wir alle zur Rede, die hier mit dem Feuer spielen. Das Thema ist wahrlich ernst genug ...“

Mit freundlichem Gruß
Dr. Peter Voß

(33) 2. November 2009 – Jüdisch-palästinensische Dialoggruppe München

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,

selbstverständlich haben städtische Einrichtungen das Recht, sowohl veranstaltende Organisationen als auch referierende Gäste daraufhin zu überprüfen, ob die Inhalte der Veranstaltungen gegen das Grundgesetz und das Völkerrecht verstoßen (z.B. ob die Veranstaltungen völkerrechtswidrige Aggressionen befürworten usw.) und/oder ob sie Neonazis zuzurechnen sind. Wir sind aber sehr befremdet über die kurzfristige Zurücknahme der Zusagen von Räumlichkeiten des Pädagogischen Instituts seitens des Münchner Schulreferats zur Durchführung von Veranstaltungen mit Prof. Ilan Pappé. Bei diesem israelischen Historiker – darin werden Sie uns sicherlich zustimmen – treffen die oben genannten Ausschlußkriterien definitiv nicht zu. Das Argument „Sicherheitsbedenken“, das von Frau Eva-Maria Volland, der Sprecherin des Schulreferats, gegenüber der Presse vorgebracht wurde, ist durchsichtig und es war offensichtlich ein unbedachtes Verlegenheitsargument. Uns drängt sich der Eindruck auf, daß die Verantwortlichen dem politischen Druck von Gegnern der Veranstaltung mehr Bedeutung beigemessen haben als dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Der Affront einer De-facto-Verhinderung dieser Veranstaltung (die abgewendet werden konnte) entspringt unserer Ansicht nach einem undemokratischen Politikverständnis, das den Interessen der Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger zum Schaden gereicht. Wir erwarten von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Ude, ein klärendes Wort, daß Sie im Sinne der Demokratie eine Wiederholung solcher Entscheidungen verhindern werden.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München

Magdi Gohary – Jochim Varchmin – Judith Bernstein – Riyad Helow

(34) 2. November 2009 – Dr. Bettina Marx, Berlin

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Verwunderung und Bestürzung habe ich erfahren, daß die Stadt München ihre Unterstützung für eine Veranstaltung des Arbeitskreises Palästina Israel auf Druck der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zurückgezogen hat.

Professor Pappé ist ein angesehener Wissenschaftler, dessen Forschungen kein vernünftiger Kenner des Nahen Ostens mehr in Zweifel zieht. Ihm Antisemitismus oder jüdischen Selbsthaß zu unterstellen, ist lächerlich. Seine Forschungsergebnisse anzuzweifeln, zeugt von Ignoranz. Als Judaistin mit Schwerpunkt israelische Geschichte weiß ich, wovon ich spreche. Es ist wirklich schade, daß Sie sich dem Druck der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gebeugt haben, die seit Jahren mit zunehmendem Erfolg versucht, die Kritiker der israelischen Politik mundtot zu machen. Die DIG und andere interessierte Kreise (zum Beispiel der Zentralrat der Juden und die „Antideutschen“) bedienen sich unanständiger Mittel, um ihre Interpretation der Geschichte in Deutschland durchzusetzen. Sie diffamieren und bedrohen Andersdenkende und versuchen, jede kritische Auseinandersetzung im Keim zu ersticken.

Die Bürger von München haben ein Recht darauf, sich eine eigene Meinung zu bilden und Wissenschaftler zu hören, die außer in Israel überall einen guten Ruf genießen. Zensurmaßnahmen sind vollkommen fehl am Platze. Sie widersprechen den Grundsätzen der Meinungsfreiheit und sind einer aufgeklärten Stadt wie München nicht würdig.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bettina Marx

(35) **3. November 2009 – Neues Deutschland**

Ein Artikel dieser Zeitung resümiert unter dem Titel:

Protest gegen Raumverbot – Israelischer Historiker erhält Unterstützung

das hier bereits Berichtete und schließt mit der eher kuriosen Mitteilung:

„Ein Sprecher der Stadt gab die Zahl der Protestschreiben an den Oberbürgermeister mit zwei an.“

(36) **4. November 2009 – Dr. Wolf Dieter Sanzin, München**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Ude!

Zunächst, ich bin einer von denen, die vor Jahren mit großer Begeisterung im Garten „Ude-Tulpen“ für Ihren Wahlkampf produziert hatten; einige dieser Tulpen kommen immer wieder - wir erfreuen uns an ihnen. Ich bin aber auch einer von denen, die am 23. Oktober mit der verschlossenen Tür des PI erlebten, wie antastbar doch unsere viel gerühmten Freiheiten sind. Als ich dann hörte, daß Erlangen das allgemeine Menschenrecht der Informationsfreiheit nicht durchsichtigen Anschuldigungen geopfert hat, da habe ich mich als Münchner vor den anwesenden Palästinensern doch etwas geschämt.

Zugegeben, ich weiß längst genug in dieser Angelegenheit, hätte also nicht unbedingt teilnehmen müssen. Nachdem ich 59 Jahre lang einfach alles glauben wollte, was dazu verbreitet worden war und noch wird, will ich die offensichtlichen Fakten immer wieder neu verspannen: im Internet z.B. die UN-Resolutionen, das IGH-Gutachten von 2004, die Professoren Halper, Zuckermann, auch Bekannte, die im Westjordanland einige Zeit bei palästinensischen Freunden lebten, Bücher von R.Verleger, S. Nathan sowie auch Ilan Pappé – und den wollte ich als Mensch sehen und hören, ob er vielleicht nur so ein unerträglicher Kläffer ist, oder doch einer, der gemäß Heinz Galinski ‚zu neuem Unrecht nicht schweigen‘ will.

Nun, was den Palästinensern geschieht, ist weltweit, spätestens seit dem Gazakrieg, nicht mehr zu verheimlichen. Ich schreibe diesen Brief aber noch aus einem anderen Grund; jetzt, endlich; vor einem Jahr wurde mir noch abgeraten, dies zu tun. Ich habe viele „Proben“ bei wildfremden Leuten gemacht und seit ich im Fernsehen ein Gespräch mit Frau Judith Bernstein erlebte, bin ich mir sicher, daß ich nicht so falsch liege.

Zwei Feststellungen: 1. Wer über die Zustände im Gazastreifen oder in der West Bank das laut sagt, was eigentlich jeder wissen kann, der wird zumindest als anti-israelisch gescholten – weil aber 2. der Zentralrat der Juden alles, was an Kritik zu Israels Mißachtung des Völkerrechts geäußert wird, als Antisemitismus deklariert – schweigt man seine Vorstellungen von Gerechtigkeit in sich hinein. Und dort liegt er dann, der Groll, bis ein deutscher Haider kommt?

Es wird immer wieder lauthals erklärt, man müsse und wolle die braunen Glatzköpfe bekämpfen. Ich denke, die gut informierte, aber ihre diesbezügliche Ohnmacht fühlende Mittelschicht ist viel gefährlicher als die Glatzen: Sie sieht die Politik Israels mit den Augen des Goldstone-Berichts (wie kann der schon viel anders ausfallen als der Bericht des Vorgängers John Dugard?) und wird – auf die „deutsche Staatsräson“ verwiesen. Gleichzeitig machen der Zentralrat oder die Deutsch-Jüdische Gesellschaft e.V. sie flugs zu Antisemiten, indem sie Israels Politik mit sich, mit *jüdischer Mensch* gleichsetzen. Die Konsequenz davon erlebt offenbar die von mir sehr geschätzte Frau Bernstein jetzt schon im Alltag und klagt, man spüre eine aufkommende, neue Judenfeindlichkeit. Das mit der sog. Auschwitz-Keule verhinderte NEIN zur Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern erweist sich langsam als Bumerang für das Judentum und – auch für Deutschland.

Vor Welch gigantischen Problemen das heutige Israel steht, sowohl beim Beibehalten der gegenwärtigen Politik als auch beim ernsthaften Versuch, zu einem fairen Ausgleich mit den Palästinensern zu kommen, das weiß ich spätestens seit dem Vortrag von Prof. Moshe Zuckermann im Gasteig. 'Köstlicher als das Gold ist das Gespräch', sagt die grüne Schlange, aber bei diesem Gespräch bringen Mythen zur Staatsgründung und auch spätere herzlich wenig – es bräuchte Herzblut, vom Stärkeren: schon vor fünfzig Jahren so ähnlich geschrieben von dem jüdischen Dichter Erich Fried.

Mit freundlichen Grüßen
Wolf Dieter Sanzin

(37) 4. November 2009 – Harm Rösemann, München

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

erlauben Sie bitte einem älteren Mitbürger einen Vorschlag zur Korrektur der unschönen Ausladung von Prof. Pappe durch das Schulreferat am 23. Oktober 2009.

Den Arbeitskreis, der Prof. Pappe einlud, kenne ich seit langem. Immer wieder beeindruckte mich, mit welcher profunder Sachkenntnis und mit welcher aufrichtiger Versöhnungsbereitschaft er zu Werke geht; und erst recht der persönliche Einsatz, den seine Mitarbeiter aufbringen für die Sache eines gerechten Friedens.

Prof. Pappe hat in seinem Brief vom 28. Oktober eine Tür geöffnet, den „terrible mistake“ vom 23.10. zu korrigieren. Die Sprache seines Briefs ist hart. Einen sanftmütig-friedfertigen Ilan Pappe lernten einige hundert Hörer am 24. und 25.10. kennen. Er war wunderbar; verlor nicht ein einziges Wort über die Unbill, die ihm zugefügt worden war; präsentierte sachlich und konzentriert die schwierigen friedensnotwendigen Wahrheiten. Im Umgang mit dem Publikum war er offen und freundlich. Ein großer akademischer Lehrer; und ein selbstloser Menschenfreund.

Bitte beantworten Sie seinen Vorschlag in gleicher Weise. Laden Sie Pappe ein, unbehindert zu Ihren Münchnern zu sprechen. Warum nicht im Alten Rathaussaal? Dort hielten Sie im März 2003 eine große friedenspolitische Rede, am Vorabend des Irak-Kriegs. Für mich unvergeßlich.

Mit freundlichen Grüßen – Harm Rösemann

(38) 9. November 2009 – Stellungnahme des Koordinierungskreises von attac Mchn.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus Sicht von attac hat die Stadt einen Präzedenzfall geschaffen, der das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berührt. Die angeblichen und nicht näher ausgeführten Sicherheitsbedenken, von denen die Polizei eigenartigerweise nichts wußte, halten wir für unglaubwürdig und vorgeschoben. Es ist unbestreitbar, daß die Genehmigung für die seit langem bekannte Veranstaltung nach einer Intervention der Deutsch-Israelischen Gesellschaft widerrufen wurde. Diese hatte den Entzug der Saalgenehmigung mit unhaltbaren und plump diffamierenden Behauptungen über Professor Pappe gefordert.

Ilan Pappe ist ein international renommierter Wissenschaftler, der seit Jahrzehnten über Vertreibung der Palästinenser forscht und Kritik an der israelischen Regierungspolitik beginnend bei Ben Gurion übt. In einer demokratischen Gesellschaft muß es möglich sein, sich solche Meinungen anzuhören. Wenn Vorträge in städtischen Einrichtungen davon abhängig gemacht werden, daß die Referenten nur genehme Positionen vertreten, halten wir die von der Verfassung geschützte Meinungsfreiheit für gefährdet.

Wegen der großen Bedeutung der Sache halten wir es für richtig, in der Form eines Offenen Briefes an Sie zu schreiben. Ihrer Antwort sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Almut Hielscher

Renate Distler

(39) 11. November 2009 – Dr. Hajo Meyer, Heiloo, Holland

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

als 1924 in Deutschland geborener Jude, der nach Holland zu fliehen gezwungen war, weil er nach November 1938 das Gymnasium verlassen musste, der obendrein auch noch 10 Monate Auschwitz überlebt hat, bin ich zutiefst erschrocken und empört über die Art der Behandlung, die Sie Herrn Professor Dr. Ilan Pappé meinen zufügen zu können. Gerade in München – in meiner Jugend die „[Haupt-]Stadt der Bewegung“ –, sollte man besonders vorsichtig sein, einem so verdienstvollen und in der ganzen humanitären Welt höchst geachteten Historiker auf die von Ihnen vorgeschlagene Weise Zensur aufzuerlegen.

Es fällt mir schwer annehmen zu müssen, dass Sie damit nur zeigen wollen, dass die Zionistische Regierung in Israel, – das sich völlig zu Unrecht einen „jüdischen Staat“ nennt – über ihre als jüdisch getarnten Mantelorganisationen so viel Druck auf Sie ausgeübt hat, dass man Sie zu dieser Zensurausübung gezwungen hat. Wenn Sie dies bejahen müssten, dann hätte sich ja in München seit damals, außer einer dialektischen Umkehrung, wenig geändert.

Ich hoffe von ganzem Herzen, dass ich diese sehr ernst zu nehmende Affäre doch zu schwarz sehe, und dass Sie imstande sind einzusehen, dass Ihre Zensurmaßnahme Ihre Stadt in ein sehr schlechtes Licht rückt. Als alter Mann kann ich Sie nur daran erinnern, dass es sehr viel besser ist, einen gemachten Fehler einzugestehen und ihn zu korrigieren als auf ihm zu beharren.

Es würde mich freuen, von Ihnen hören zu dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Hajo G. Meyer

Westerweg 381

Heiloo, Niederlande

0031 – 72 533 09 28

Ungeordneter Rückzug

Die Stadt München verweigert dem umstrittenen israelischen Historiker Pappe die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten

Die Stadt München hat in ihrer Haltung zu dem israelischen Historiker und Politikwissenschaftler Ilan Pappe einen abrupten Sinneswandel durchlebt. Die Kommune entzog Pappes für den 23. bis 25. Oktober geplanten Veranstaltungsreihe «Israel – Mythos und Wirklichkeit» in letzter Minute die zugesagten Räumlichkeiten im Pädagogischen Institut. Die Veranstaltung wurde daraufhin in die Räume des Arbeitskreises «Salam Schalom», der die Reihe organisiert, verlegt.

Neben einer Lesung aus Pappes Buch «Die ethnische Säuberung Palästinas» waren Workshops des ehemaligen Leiters des «Instituts für Konfliktforschung» in Haifa/Israel angesetzt. Sie sollten Pappes Sicht auf den politischen Zionismus erläutern und zu «seriöser Aufklärung verhelfen» und «keinesfalls zu Israelfeindlichkeit führen», betonte Eckhard Lenner vom «Salam Schalom – Arbeitskreis Palästina/Israel».

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) München sah das anders und forderte den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und die Stadträten schriftlich dazu auf, die «Vergabe der Räume zu überprüfen». Als Grund gab die DIG eine «zu erwartende mangelnde Objektivität der Veranstaltung» an. Lenner von «Salam Schalom» sieht in der DIG-Beschwerde den Grund für das überstürzte Zurückrudern der Stadt – für ihn ein «deutlicher und krasser Fall von Unterdrückung einer unerwünschten Debatte». Der Arbeitskreis stand schon 2002 in der Kritik, als die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München, Charlotte Knobloch, überprüfen ließ, ob sich Arbeitskreis-Mitglieder



Absage von der Stadt München wegen Sicherheitsbedenken: Ilan Pappe.

Foto: Archiv

durch antisemitische und volksverhetzende Äußerungen strafbar gemacht hätten. Im aktuellen Fall gab Münchens OB Ude bekannt, dass das Schulreferat und nicht er die Raumabsage erteilt habe, nachdem es diverse Protestaufrufe gegeben habe. Eva-Maria Volland, Sprecherin des Schulreferats, führte ihrerseits «Sicherheitsbedenken» als Absagegrund der Veranstaltung an. Trotz der beschwichtigenden Erklärungen der Stadt werden nun Zensurvorfälle laut. Die Grünen im Münchner Stadtrat bezichtigen das Schulreferat, die Unwahrheit zu sagen und «vorgesobene» Gründe für die Raumverweigerung zu präsentie-

ren. Grünen-Fraktionschef Benker bezeichnet das Vorgehen als «Akt politischer Feigheit»: Man solle von Seiten des Schulreferats «wenigstens die Größe haben, sich bei Herrn Pappe und den Veranstaltern zu entschuldigen». Dazu sieht Volland «keinen Grund». Proteste wurden auch vom «Bund für Arbeiterfotografie» laut, der durch «Interessengruppen, die über dem Grundgesetz stehen», eine «faktische Außerkraftsetzung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung» gegeben sieht.

Der Historiker Pappe gilt als umstritten; dennoch ist er kein akademischer Außenseiter. Bis zum Erscheinen seines Buches «Die ethnische Säuberung Palästinas» im Jahr 2007 lehrte er an der Universität Haifa. In diesem Werk schreibt er, dass die Gründung des Staates Israel mit der Forcierung einer «planmäßigen Vertreibung» der Palästinenser einhergegangen sei. Historikerkollegen in Israel werfen ihm Polemik und unsaubere Recherche vor. Momentan bekleidet Pappe eine Professur in Exeter/Großbritannien. JZ

(41) 11. November 2009 – Rolf-Henning Hintze, München
Israelischer Historiker ist „erschüttert“ / Grüne, Linke und ATTAC protestieren gegen Redeverbot der Stadt München für Ilan Pappe

In einem ausführlichen Artikel faßt Rolf-Henning Hintze für die „junge welt“ das bislang Berichtete noch einmal (ausgesprochen gekonnt) zusammen.

(42) 12. November 2009 – Yediot Ahronot, Tel Aviv

In Israels auflagenstärkstem Massenblatt präsentiert Sarah Stricker den Stand der Dinge und interviewt Prof. Pappe:

„Es ist schon seltsam, daß ein Vortrag aufgrund der Angst vor Kritik an Israel verhindert wird. Das ist der eigentliche, für jedermann ersichtliche Grund – aber warum die Absage? Worte töten nicht, sondern öffnen den Geist.“

Warum wurde nicht jemand von der Botschaft vorbeigeschickt, der den gegenteiligen Standpunkt hätte vertreten und meinen Ausführungen hätte widersprechen können? So etwas ist mir nicht einmal in Israel passiert, das ist schon sehr merkwürdig.“

(43) 13. November 2009 – Academics For Justice, Washington

Unter dem Titel „Ilan Pappe silenced in Munich“ (Ilan Pappe in München mundtot gemacht) stellen die „Academics for Justice“, eine Vereinigung von mehr als 1000 Akademikern, die für die Menschenrechte eintreten, den Stricker-Artikel ins Netz.

(44) 13. November 2009 – Oberbürgermeister Christian Ude, München

Sehr geehrter Herr Dr. Sanzin,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. November 2009. Für die Produktion der Tulpen darf ich mich noch nachträglich herzlich bedanken.

Mit der Absage der Veranstaltung vom 23. Oktober im Pädagogischen Institut war ich nicht befaßt, da ich am 21.-22. Oktober mit dem Stadtplanungsausschuß zur Besichtigung des Olympischen Dorfes in Turin war. Das in eigener Zuständigkeit handelnde Schulreferat hat die Absage mit Sicherheitsbedenken begründet, zu denen mir keine weiteren Erkenntnisse vorliegen. Ich verstehe Ihr Schreiben aber sehr viel grundsätzlicher und darf deshalb kurz Stellung nehmen:

Ich bin der Meinung, daß die Deutschen aufgrund ihrer geschichtlichen Verantwortung allen Anlaß haben, sich unmißverständlich zum Lebensrecht Israels zu bekennen. Auch der Staat Israel unterliegt aber wie unser eigener Staat und jeder Staat der Welt einer legitimen Kritik, wenn er Menschenrecht verletzt oder politische Fehler begeht. Israels Kritik kann ein Instrument von Antisemitismus sein, muß es aber nicht. Deshalb ist es nicht legitim, unbequeme Kritik an israelischen Vorgehensweisen stets unter Antisemitismus-Verdacht zu stellen. In dieser Frage bin ich sehr stark geprägt vom früheren Präsidenten der Israelischen Kultusgemeinde in München, Dr. Hans Lamm, der mit meinem Verband der bayerischen Schülerpresse eng zusammengearbeitet hat und die damalige israelische Regierung mit Worten, die kein Nichtjude in den Mund zu nehmen wagen würde, kritisiert und angegriffen hat.

Trotzdem hätte ich der geplanten Veranstaltung im PI, wenn ich damit befaßt worden wäre, nicht zugestimmt, weil ich meine, daß die Stadt München sich bei internationalen Konflikten wie zwischen Serben und Kroaten oder Türken und Kurden oder eben Palästinensern oder Israelis nicht mit einer Seite identifizieren sollte. Gerade einer pädagogischen Einrichtung steht es gut an, im Sinne der politischen Bildung internationale Konflikte kontrovers darzustellen und nicht im Sinne einer Parteinahme.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Ude

(45) **15. November 2009 – Claudia Decker im Interkulturellen Magazin des BR**

Reden über Israel bedeutet immer: Ringen um die Wahrheit.

Ilan Pappé ist in Israel Vielen eine Provokation. Er gehört zur Gruppe der sogenannten Neuen Historiker, die Israels offizielle Geschichtsschreibung kritisch beleuchten. Die Ergebnisse seiner Recherchen in Militärarchiven und Augenzeugenberichten hat Ilan Pappé in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“ beschrieben. Die Kernaussage: Schon Monate vor der Staatsgründung wurden palästinensische Dörfer ausradiert, über 250 000 (die Zahl ist gesichert!) Bewohner vertrieben oder planmäßig ermordet. Der Angriff auf das junge Israel war nicht Ursache, wie es der Mythos sagt, sondern Folge dieser Verbrechen an den Palästinensern, erklärt Pappé.

Der Historiker ist ein eher unauffälliger Mann, Jahrgang 1954, mit graumeliertem kurzen Haar. In Jeans und Pullover sitzt er im vollbesetzten Vortragssaal des Münchener Cafe Indigo der Initiativ-Gruppe in der Karlstraße und spricht über Mythos und Wirklichkeit israelischer Vergangenheit und Gegenwart.

Das damalige Palästina ein Land ohne Volk – auch ein Mythos, der die grausamen Umstände der Staatsgründung Israels bis heute verharmlost –, sagt Ilan Pappé, und der das ideologische Rüstzeug für Jahrzehnte der Sackgassen-Politik ist.

Nüchtern, ohne Emotion, nach den richtigen Worten suchend spricht Ilan Pappé über historische Fakten und ihre Auslöschung, über manipulierte Erinnerungen in Israel. Ein alltägliches Beispiel: seine Schwiegermutter, die bei einem Familienausflug mit den Enkeln die sicher über 100 Jahre alten schönen Bäume bewundert, fragt die Enkel, ob sie wissen, wann dieser Ort gegründet wurde, und sie antworten korrekt: Vor 70 Jahren. Sie lobt sie und sagt dann: Erstaunlich, wie Bäume, die erst 70 Jahre alt sind, sooo alt aussehen können.

Das ist die Art, wie Israelis alles um sie herum betrachten: Nicht nur Häuser und Gebäude, auch die Natur kam erst mit den Juden nach Palästina. Solche Mythen legitimieren die Jahrzehnte der Besatzung, Unterdrückung und Diskriminierung, sagt Ilan Pappé. Und die Gegenseite reagiert logischerweise mit Radikalisierung.

Der Ausweg wären Selbstkritik und eine Art Abrüstung, ideologische Abrüstung: „Die Israelische Seite muß sich von solcher Ideologie befreien, um einen Dialog konstruktiv und überhaupt erst möglich zu machen.“

Den Dialog hat der Universitätsprofessor aus Haifa auch mit seinen Landsleuten gesucht. Als einmal nach einem Umzug die Lokalzeitung schrieb, dieser Nestbeschmutzer wohne jetzt unter ihnen, man müsse sich vor ihm in Acht nehmen, ließ seine Frau ein Inserat in die Zeitung setzen, „saying that our house is open“, und zwar an jedem Mittwoch um neun, für jeden, der mit mir reden will. „Und so hatten wir 50 Leute in unserem Wohnzimmer, 50; und ein ganzes Jahr lang haben wir mit ihnen gearbeitet.“

Empathie ist spürbar, wenn Ilan Pappé erklärt, wirbt, fordert. Wie nach der Apartheid in Südafrika sei Versöhnung nur möglich, wenn die Juden endlich anerkennen, was sie den Palästinensern angetan haben.

In seinem Buch lautet der Appell an seine Landsleute so: Es ist unsere Pflicht, dieses Verbrechen aus der Vergangenheit zu holen, nicht nur als historische Rekonstruktion. Es ist eine moralische Entscheidung, der allererste Schritt, den wir tun müssen, wenn wir wollen, daß Versöhnung jemals eine Chance haben und der Frieden in den zerrissenen Ländern Palästina und Israel Fuß fassen soll.

Ilan Pappé, vom Publizisten Henryk Broder als nützlicher Idiot der Israelkritiker bezeichnet, ist nicht nur in Israel eine Provokation.

Es folgt ein Bericht über das im Vorangegangenen bereits Mitgeteilte.

(46) **18. November 2009 – Süddeutsche Zeitung**

*Unter dem Titel **Historiker Pappe beklagt Redeverbot** und unter Bezugsname auf Ilan Pappes **Offenen Brief an OB Ude** (Ziff. 21) berichtet die SZ ein weiteres Mal über die Vorgänge.*

(47) **24. November 2009 – Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der sehr zahlreichen Reaktionen per E-Mail auf die Rücknahme der Raumüberlassung für die Veranstaltungsreihe „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ bitten wir um Verständnis, daß wir Ihre Schreiben nicht individuell beantworten können.

Das Schul- und Kultusreferat will jedoch gern die Beweggründe darlegen, die zur Stornierung der Raumüberlassung geführt haben:

– Wenige Tage vor Beginn der Veranstaltung gab es Hinweise auf mögliche Störungen bzw. Proteste im Rahmen der Veranstaltungsreihe. So suchten die Veranstalter noch am 22.10.2009 das Gespräch mit der Leitung des Pädagogischen Instituts, um zu besprechen, was im Falle möglicher Störungen deeskalierend zu tun sei. Es galt daher in relativ kurzer Zeit abzuwägen zwischen begründeten Sicherheitsbedenken und der Durchführung der Veranstaltung am Pädagogischen Institut.

– Die Rücknahme der Raumüberlassung diene allein dem Zweck, Störungen bzw. Protesten am Pädagogischen Institut, der zentralen Fort- und Weiterbildungseinrichtung des Schul- und Kultusreferates, vorzubeugen. Mit der Rücknahme ist keinerlei Wertung der Person von Prof. Dr. Ilan Pappe bzw. der Veranstaltungsinhalte verbunden.

– Nachdem der Veranstalter kurzfristig andere Räume organisieren konnte, hat das Schul- und Kultusreferat darauf hingewirkt, daß die Verlegung in abgestimmter Weise vor sich gehen konnte.

Wir bedauern in diesem Zusammenhang alle Unannehmlichkeiten, die den Veranstaltern in der Folge der kurzfristigen Rücknahme der Raumüberlassung am Pädagogischen Institut entstanden sind und hoffen auf Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Weiß-Söllner, Stadtschulrätin

(48) **24. November 2009 – SALAM SHALOM . Arbeitskreis Palästina / Isreal**

Aus einer Stellungnahme des Arbeitskreises:

Entgegen ihrer Ankündigung, die Beweggründe darzulegen, die zur Stornierung der Raumüberlassung geführt haben, unterläßt die Stadtschulrätin jegliche Konkretisierung. Einziger Anhaltspunkt ist und bleibt das Schreiben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 21.10.09, in dem Stadträte und OB dringend gebeten werden, die Zusage für die Nutzung der Räume zu widerrufen.

Zur Behauptung, das Schulreferat habe darauf hingewirkt, daß die Verlegung der Veranstaltung in alternative Räume „in abgestimmter Weise“ vor sich gehen konnte: die telefonische Kündigung am Morgen des 23.10. erfolgte ohne den geringsten Vorschlag, geschweige denn Beitrag, zu irgendeiner Abhilfe.

(49) **24. November 2009 – Abraham Melzer, Neu-Isenburg**

Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner,

geben Sie es doch zu, Sie und die Stadt und ganz besonders Herr Ude haben sich von der DIG erpressen lassen. Es kann doch nicht sein, daß die Stadt München nicht in der Lage ist, die Sicherheit einer Veranstaltung in eigenen Räumen zu gewährleisten. Sie haben sich von der DIG und Frau Knobloch erniedrigen und beleidigen lassen und mit Ihnen und Herrn Ude die ganze Bevölkerung der Stadt München.

Das Mindeste, was Sie und Herr Ude jetzt machen können, ist, die finanziellen Mehraufwendungen, die den Veranstaltern dadurch entstanden sind, zu übernehmen und einen angemessenen Schadensersatz anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen
Abraham Melzer

(50) **24. November 2009 – Anton Habersetzer, München**

Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner,

ich an Ihrer Stelle bzw. an Stelle der Stadtspitze hätte mich glaubwürdiger aus der Affäre gezogen, indem ich mich entschuldigt hätte, daß Sie auf den Schmah bzw. die Lügen der Deutsch-Israelischen Ges. hereingefallen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Anton Habersetzer

(51) **25. November 2009 – Siegfried Ullmann, Lärcher**

Sehr geehrte Frau Weiß-Söllner,

vielen Dank für Ihr E-Post-Schreiben vom 24.11.2009. Ich habe aber den Eindruck, daß Sie mich veralbern wollen. Der Grund für die Rücknahme der Raumüberlassung war doch das Schreiben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) München, das aber von Ihnen nicht erwähnt wird. Die DIG hatte eindeutig gefordert, die Raumüberlassung zurückzuziehen und dieser Forderung haben Sie entsprochen.

Wollen Sie tatsächlich unterstellen, daß Sie Angst vor radikalzionistischen Randalierern, z. B. von Honestly Concerned bestellt, hatten und um die Sicherheit des Referenten Ilan Pappe fürchteten?

Dann hätte doch die Anwesenheit von ein bis zwei Polizeibeamten genügt. So wurde auch verfahren, als die bekannte israelkritische Rechtsanwältin Felicia Langer an der Bonner Universität einen Vortrag hielt, gegen den von der Israel-Lobby heftig polemisiert wurde. Da wäre niemand auf die Idee gekommen, die Veranstaltung abzusagen.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Ullmann

(52) *Am gleichen Tag dankt **Günter Schenk**, Herausgeber des Buchs „Denk ich an Palästina“, Herrn Ullmann für sein „Nachhaken“ und fährt fort:*

Noch immer gibt es keine Entschuldigung bei Ilan Pappe seitens des OB Ude!! Dabei müßte er, wäre er ein Ehrenmann, von den Vorwürfen im Brief Ilans betroffen sein: daß sich im München des OB Ude seit Nazis Zeiten wenig geändert habe, das ist ja gewiß keine Petitesse!

(53) 26. November 2009 – Sabine Matthes an die Leserbriefredaktion der SZ

Sehr geehrte Redaktion Leserbriefe,

Wenn der israelische Historiker Ilan Pappé über die Vertreibung, Enteignung und Entrechtung der Palästinenser spricht, so tut er dies auch als Friedensaktivist, der seine Heimat liebt und deswegen für eine harmonischere, gleichberechtigte und gemeinsame jüdisch-palästinensische Zukunft plädiert.

Daß die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) solch ein Anliegen als „antiisraelische Propagandaveranstaltung“ diskreditiert, ist absurd.

Daß die Stadt München dieser Einschätzung blind Folge leistet, ist dumm und provinziell. Rupert Neudeck schrieb eine Protestnote an Ude, die von knapp 200 Mitunterzeichnern unterstützt wurde. Der blamable Fall wurde international bekannt.

Wie jede Lobby-Gruppe hat die DIG natürlich das Recht, ihr Anliegen zu propagieren. Aber sollte sie nicht ein Israel propagieren, wie es durch die Aufnahme als UNO-Mitgliedsstaat am 11. Mai 1949 durch UNO-Resolution 273 definiert wurde, nämlich unter Annahme der maßgeblichen UNO-Resolutionen 181 (Teilung in den Grenzen von 1947) und 194 (Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge)? Sollte sie, wenn sie schon ihren Sitz in Berlin in der Martin-Buber-Straße hat, nicht dessen Geist vertreten?

Wie Ilan Pappé war Martin Buber moralischen jüdisch-humanistischen Werten verpflichtet, gegen deren Verrat durch inhumane Akte der israelischen Regierung gegenüber den Arabern er sich wehrte.

In seinem Protest gegen die Legalisierung der massenhaften Enteignungen arabischen Landes innerhalb Israels schrieb Buber 1953: „Wir verstehen nicht, warum laut Presseberichten kaum ein einziges jüdisches Knesset Mitglied seine Stimme erhoben hat gegen ein Gesetz, das Verordnungen und Handlungen den Stempel der Legalität geben soll, die er als schwerwiegendes Unrecht ansehen würde, wenn sie gegen ihn selbst gerichtet wären oder gegen jüdisches Eigentum.“

Ilan Pappé erhebt seine Stimme heute, wie Martin Buber es damals getan hat. Ob auch Buber dafür heute Redeverbot erhalten würde?

Mit freundlichen Grüßen – Sabine Matthes

(54) 26. November 2009 – Hans Krieger, München

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

von einer Auslandsreise zurückkehrend erfahre ich, daß die Stadt München dem in Israel geborenen, jetzt in Großbritannien lebenden Historiker Ilan Pappé den für einen Vortrag mit Diskussion zugesagten städtischen Saal einen Tag vor der Veranstaltung entzogen hat.

Bei aller Berücksichtigung der besonderen Sensibilität, die uns Deutschen beim Umgang mit jüdischen Themen abzufordern ist: dieser undemokratische Akt der Zensur wirft einen dunklen Schatten auf das sonst so liberale und weltoffene München.

Professor Pappé ist ein international angesehener seriöser Wissenschaftler, dessen Publikationen zu den Palästinenser-Vertreibungen vor und nach der israelischen Staatsgründung auf akribischer Forscherarbeit beruhen.

Ein öffentliches Wort des Bedauerns scheint mir geboten, um den guten Ruf der Stadt wiederherzustellen. Ich bin aus gutem Grund sehr oft stolz gewesen auf unseren Oberbürgermeister. Ich wünsche mir sehnlich, es wieder sein zu können.

Mit besten Grüßen – Ihr Hans Krieger

(55) **29. November 2009 – Prof. Alfred Grosser in einem FAZ-Interview**

FRAGE: Sie sind oft in Deutschland. Erleben Sie hierzulande antisemitische Ressentiments?

ANTWORT: Charlotte Knobloch, der Präsidentin des Zentralrats, wurde in einem Radio-Interview einmal eine ähnliche Frage gestellt. Ihr fiel aber nichts Konkretes dazu ein, obwohl sie im gleichen Gespräch einen wachsenden Antisemitismus in Deutschland beklagt hatte. Mit geht es da ein bißchen ähnlich. Natürlich gibt es den alten Antisemitismus, wie er besonders auch in der DDR verbreitet war. Es kommt aber leider ein neuer hinzu, der durch die israelische Politik provoziert wird. Und eben durch die Tatsache, daß sich der Zentralrat diese Politik zu eigen macht und auf Demonstrationen die israelische Flagge zeigt. Ein anders Beispiel. Vor wenigen Tagen wurde dem israelischen Historiker Ilan Pappé auf Betreiben der Jüdischen Gemeinde vom Münchner Oberbürgermeister die Erlaubnis wieder entzogen, in einem städtischen Institut einen Vortrag zu halten. Der Grund: Ilan Pappés kritische Ansichten zur Gründung Israels. Solche Redeverbote sind schädlich und kontraproduktiv.

(56) **30. November 2009 – Günter Schenk, Strasbourg**

Sehr geehrter Herr Ude,

wie Ihnen Ihre Mitarbeiterin sicher sagte, war ich (und bin ich noch immer) zutiefst betroffen von der kurzfristigen Kündigung städtischer Räume für die Veranstaltung mit dem angesehenen israelischen Historiker Ilan Pappé.

Die Gründe für die Raumkündigung waren ja nun alles andere als evident: Kein Beweis für mögliche Gewalt, keinerlei handfester Beleg über geplante Störungen mit unbeherrschbaren Folgen, ja nicht einmal die Münchner Polizei, die sicher etwas davon erfahren hätte, im Vorfeld, wußte etwas Beunruhigendes.

Wer auch immer einen Fehler gemacht hat, Sie als Stadtoberhaupt können ihn korrigieren. Darum bitte ich Sie, im Interesse des Rufes der Bayrischen Landeshauptstadt. Keinesfalls darf der Geruch am schönen München hängenbleiben, nichts aus dem Vergangenen gelernt zu haben.

Die schönste, nicht nur die eleganteste Form einer Entschuldigung gegenüber Herrn Professor Pappé wäre, wenn Sie Herrn Professor Pappé, als Zeichen guten Willens, eine Einladung zu einem erneuten Vortrag in München zukommen ließen. Damit wäre auf glaubwürdige Weise und auf die vernünftigste Art Schaden vom Ruf Münchens abgewendet.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr Günter Schenk

- membre du collectif judéo-arabe et citoyen pour la paix, Strasbourg
- Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1966)
- Mitglied der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Berlin

(57) **1. Dezember 2009 – Rolf-Henning Hintze im Neuen Deutschland über die Antwort des OB (Ziff. 43): Ude hätte genau so gehandelt / Münchens Oberbürgermeister verteidigt Auftrittsverbot für israelischen Historiker**

Im Konflikt um das Raumverbot „hat jetzt erstmals auch Münchens OB Christian Ude (SPD) Position bezogen, indem er die Rücknahme der Raumzusage billigte“.

Abschließend weist Hintze auf das inzwischen europaweite Echo hin – auch z.B. in der spanischen Zeitung La Vanguardia.

(58) **10. Dezember 2009 – Antwort der Stadt auf die Anfrage von Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90 / Die Grünen) vom 27.10.2009** (s. Ziff. 22)

Antwort Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner:

Auf Ihre Anfrage vom 27.10.2009 nehme ich Bezug. Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

Für die Durchführung einer Veranstaltungsreihe vom 23.10. -25.10.2009, die der Arbeitskreis Palästina/Israel mit Prof. Dr. Ilan Pappé durchgeführt hat, waren ursprünglich Räume am Pädagogischen Institut des Schul- und Kultusreferats zugesagt. Die Zusage wurde aufgrund von Sicherheitsbedenken seitens der Leitung des Schulreferats kurzfristig aufgehoben. Die Veranstaltung konnte in andere Räume verlegt werden und fand große Resonanz.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie stellt sich der Sachverhalt des Zurückziehens der Raumüberlassung aus Sicht des Schulreferats dar? Wann wurde die Vereinbarung zur Raumüberlassung mit dem Arbeitskreis Palästina/Israel getroffen?

Antwort:

Die Anfrage zur Raumüberlassung für die vom 23. - 25.10.2009 geplante Veranstaltungsreihe „Israel – Mythos und Wirklichkeit“ ging beim Leiter des Pädagogischen Instituts am 03.09.2009 per E-Mail ein. Verfaßt hatte die Anfrage ein Vertreter von „Salam Shalom“ (Arbeitskreis Palästina/Israel). In der Anfrage wurde darauf hingewiesen, daß Herr Prof. Dr. Ilan Pappé kurzfristig eine Zusage für einen Vortrag im Rahmen der geplanten Veranstaltungsreihe gegeben hätte. Die Zusage für eine Raumüberlassung erfolgte per E-Mail am 09.09.2009 durch den Leiter des Pädagogischen Instituts.

Frage 2:

Was war für das Schulreferat der Grund, wie in der Presse geäußert, „Sicherheitsbedenken“ zu äußern und die Raumüberlassung zurückzuziehen?

Frage 3:

War der Grund für dieses Verhalten des Schulreferats eine Mail der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG“, in dem diese Veranstaltung kritisiert wurde?

Frage 4:

Was waren die Kritikpunkte dieses Mails und wie wurden diese von Seiten des Schulreferats hinterfragt?

Frage 5:

Wer hätte nach Ansicht des Schulreferats die Sicherheit der Veranstaltungen gefährden sollen?

Antworten zu den Fragen 2-5:

Die Fragen 2-5 können zusammenfassend wie folgt beantwortet werden: Wenige Tage vor Veranstaltungsbeginn gab es Hinweise auf mögliche Störungen bzw. Proteste im Rahmen der Veranstaltungsreihe. Diesbezüglich suchten die Veranstalter noch am 22.10.2009 das Gespräch mit der Leitung des Pädagogischen Instituts, um zu besprechen, was im Falle möglicher Störungen deeskalierend zu tun sei. Es galt daher seitens der Referatsleitung, kurzfristig abzuwägen zwischen begründeten Sicherheitsbedenken und der Aufrechterhaltung der Raumüberlassung.

Frage 6:

Trifft es zu, daß das Schulreferat trotz der einseitigen Absage der Raumüberlassung die Veranstalter zu einer „einvernehmlichen Auflösung“ der Vertrages drängen wollte?

Antwort:

Dies trifft nicht zu. Allerdings machte das Schul- und Kultusreferat deutlich, daß nach Absage der Raumüberlassung alles zu tun sei, um die räumliche Verlagerung der Veranstaltung und damit zusammenhängende organisatorische Bedarfe abgestimmt vorzunehmen.

Frage 7:

Ist der israelische Historiker Ilan Pappé dem Schulreferat vorher bekannt gewesen und ist dieser früher schon einmal im Pädagogischen Institut aufgetreten?

Antwort:

Ja, der Historiker Ilan Pappé ist dem Schul- und Kultusreferat bekannt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Blickpunkt Orient“, die vom Kultusreferat in Kooperation u.a. mit dem Schul- und Kultusreferat/Pädagogischen Institut durchgeführt wurde, fand am 06.02.1999 ein Workshop am Pädagogischen Institut statt. Prof. Ilan Pappé ging dabei auf Fragen ein, die bei einem Vortrag zum Thema „Palästina, Israel – wohin führt der Friedensprozess“ am Vortag (05.02.1999, Gasteig, Black Box) aufgeworfen worden waren.

Frage 8:

Wie war die Stadtspitze mit der Entscheidung des Schulreferats befaßt?

Antwort:

Mit der Absage der Veranstaltung war Herr Oberbürgermeister Ude nicht befaßt, da er sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Reise mit dem Planungsausschuß in Turin befand. Das Büro des Oberbürgermeisters wurde über die Rücknahme der Raumüberlassung informiert.

Frage 9:

Ist es nach Meinung des Schulreferates möglich, Veranstaltungen mit anerkannten Personen durchzuführen, die sich kritisch mit der Politik des Staates Israel den Palästinensern gegenüber auseinandersetzen?

Antwort:

Ja, dies ist möglich. Die Absage erfolgte nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern in sorgfältiger Abwägung wegen der bereits genannten Sicherheitsbedenken.

Frage 10:

Wird sich das Schulreferat bzw. die Stadtspitze im nachhinein, um eine Schadensbegrenzung zu betreiben, bei dem Historiker Ilan Pappé sowie den Veranstaltern entschuldigen?

Antwort:

Für eine Entschuldigung besteht aus den mit der Beantwortung der Fragen 2 -5 genannten Gründen aus Sicht des Schul- und Kultusreferats keine Veranlassung.

**(59) 10. Dezember 2009 – Süddeutsche Zeitung
Schulreferat rechtfertigt Ausladung Pappés**

Eineinhalb Monate nach der Ausladung des israelischen Historikers Ilan Pappé aus städtischen Räumen hat das Schulreferat eine Anfrage des grünen Fraktionschefs Siegfried Benker zu dem Thema beantwortet. Mit einer „Nicht-Antwort“, schimpft Benker. Die wichtigste Frage bleibe unbeantwortet – die, worauf sich die „Sicherheitsbedenken“ gründeten, derentwegen das Referat Pappé aus dem „Pädagogischen Institut“ eingeladen haben will. „Wer hätte die Sicherheit der Veranstaltung gefährden sollen?“, lautet Benkers Frage. Die Antwort des Referats: Es habe „Hinweise auf mögliche Störungen bzw. Proteste im Rahmen der Veranstaltungsreihe“ gegeben. „Das ist nicht der Ansatz eines Belegs“, kontert Benker; er sieht seine Vermutung bestätigt, daß die Ausladung Pappés, der der israelischen Linken zuzuordnen ist und sich als Friedensaktivist bezeichnet, politisch motiviert war. Das Schulreferat beteuert indes, die Absage sei „nicht aus inhaltlichen Gründen“ erfolgt. Sprecherin Eva-Maria Volland

bittet auf Nachfrage um Verständnis dafür, daß das Referat nicht öffentlich austragen „will und kann, wer uns wann welche Hinweise gegeben hat“. Der Polizei waren keine geplanten Störaktionen bekannt. Auch die deutsch-israelische Gesellschaft, die sich gegen die Veranstaltung ausgesprochen hatte, beteuert, sie habe nicht zu Protesten aufgerufen. *mai*

(60) **11. Dezember 2009 – merkur online.de**
Minister Spaenle rügt die Stadt – aber wofür eigentlich?

Mit fast einem Monat Verspätung hat sich Kultusminister Spaenle (CSU) in einen Münchner Streit eingemischt – und Verwunderung ausgelöst. In einem geharnischten Brief an OB Christian Ude (SPD) kritisiert der Minister eine politisch mißliebige Veranstaltung in städtischen Räumen. Peinlich nur: Eben dort hat die Veranstaltung nicht stattgefunden.

„Am Pädagogischen Institut des Schulreferats der Landeshauptstadt München hat am Wochenende des 24. und 25. Oktober dieses Jahres offenkundig eine Veranstaltung mit Vortrag und Workshop stattgefunden, gegen deren Planung und Durchführung ich persönlich aufs Nachdrücklichste protestiere“, schreibt der Minister. Es geht um den umstrittenen israelischen Historiker Ilan Pappe, der Israel „fortwährende ethnische Säuberung Palästinas“ vorwirft.

Der „Salam Shalom – Arbeitskreis Palästina / Israel“ hatte den Professor als Referent eingeladen und dazu Räume im Pädagogischen Institut gebucht. Das Schulreferat hatte die Raum-Zusage kurzfristig zurückgezogen – wegen „Sicherheitsbedenken“.

Die Veranstalter mussten auf nichtstädtische Räume ausweichen, die Grünen witterten einen „Akt der Willkür“. Über all dies berichteten mehrere Münchner Zeitungen. Doch als hätte es die Absage nie gegeben, rügt Spaenle das Schulreferat, weil es „einer Person Raum und Rede gewährt“ habe, „die für die Vertreter des Staates Israel wie für die Juden in Bayern nicht hinnehmbare Positionen vertritt“.

Adressat Ude kontert kurz angebunden: „Unangemessen im Tonfall und schlecht informiert in der Sache“ sei das Schreiben, ließ er mitteilen.

Den Grünen hat der CSU-Minister ungewollt Schützenhilfe geleistet: Sie halten die „Sicherheitsbedenken“ des Schulreferats für vorgeschoben und glauben, Pappe sei wegen des Protests israelischer Kreise ausgeladen worden. Darin sehen sie sich durch Spaenle bestätigt, der schreibt: „In meinem Protest weiß ich mich einig mit der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Frau Charlotte Knobloch, und mit dem Gesandten des Staates Israel in der Bundesrepublik.“ Mit Spaenle als Kronzeugen hat Grünen-Fraktionschef Siegfried Benker Akteneinsicht beantragt, um die Hintergründe der Absage zu klären. sc

(61) **15. Dezember 2009 – Neues Deutschland/Rolf-Henning Hintze, München**
Antwort war zu dürftig – Grüne wollen nun Akteneinsicht

Die Stadt hat auch nicht im Ansatz Belege für Sicherheitsbedenken vorgelegt, sagte Siegfried Benker am Montag gegenüber dem ND, sie sei jegliche konkreten Hinweise schuldig geblieben. Deshalb werde er nun Akteneinsicht bei der Schulbehörde beantragen, die für die Entscheidung allein zuständig gewesen sei. Oberbürgermeister Christian Ude befand sich damals im Ausland.

(62) **18. Dezember 2009 – Oberbürgermeister Christian Ude**

Dear Prof. Pappe,

Thank you very much for your letter. Let me say that I profoundly regret that the decision to change the disposition of the room planning at the Pädagogische Institut had evoked painful

memories with you. I would like to assure you that there was not the slightest intention to restrict the freedom of expression in any way.

But allow me, please, to elucidate the circumstances under which the change in the occupancy of conference halls at the Pädagogische Institute had occurred under such short notice.

In fact, a few days prior to the event „Israel – Myth and Reality“ organised by the group „Salam Shalom“ (Working Group Palestine/Israel) there had been indications at the Department of Education and Schools, which is in charge of the Pädagogische Institute, that there might be disturbances, resp. protests affecting the planned series of events. Still on October 22, 2009, the organizer had contacted the management of the Pädagogische Institut with this background in mind to deliberate measures that should be taken to deescalate the situation. Therefore, Ms. Weiß-Söllner, Head of the Department of Education had to weigh arguments in a short span of time and take a decision between founded security worries on the one hand and going ahead with the event planned at the Pädagogische Institute on the other.

The decision to change the room planning, a measure of which I was informed, only served the purpose of preventing disturbances, resp. protests at the Pädagogische Institute, the vocational training institution of the Department of Education.

I can assure you that the change of the planning had not occurred by pressure of the German-Israel Society or because of other influences exerted from the outside. Neither is this the expression of a judgement concerning yourself, resp. the contents of the lecture.

With this background in mind I hope you may be able to better understand the decision which had to be taken under time pressure.

But I want to make it a point to apologize to you for any inconveniences on your side resulting from this decision.

Yours sincerely, Christian Ude, Mayor of Munich

Sehr geehrter Prof. Pappe,

besten Dank für Ihr Schreiben. Lassen Sie mich zum Ausdruck bringen, daß ich zutiefst bedaure, daß die Entscheidung, die Raumplanung am Pädagogischen Institut zu ändern, schmerzliche Erinnerungen in Ihnen wachrief. Ich versichere Ihnen, daß nicht die mindeste Absicht bestand, die Redefreiheit in welcher Weise auch immer einzuschränken.

Aber erlauben Sie mir bitte, die Umstände zu erläutern, unter denen die Veränderung der Raumplanung am Pädagogischen Institut unter großem Zeitdruck stattfand.

Einige Tage vor der Veranstaltungsreihe „Israel – Mythos und Realität“, die von der Gruppe Salam Shalom organisiert wird, hatte das Schul- und Kultusreferat, das zuständig ist für das Pädagogische Institut, nämlich Hinweise erhalten, daß es Störungen bzw. Proteste geben könnte gegen die geplante Reihe. Vor diesem Hintergrund hatten die Veranstalter sich noch am 22. Oktober 2009 mit der Leitung des Pädagogischen Instituts in Verbindung gesetzt, um Maßnahmen zu erörtern, die zur De-Eskalierung der Situation getroffen werden sollten. Deshalb mußte Frau Weiß-Söllner, die Leiterin des Schul- und Kultusreferats, die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten unter erheblichem Zeitdruck abwägen und eine Entscheidung treffen zwischen begründeten Sicherheitsbedenken auf der einen Seite und der Fortführung des geplanten Programms auf der anderen.

Die Entscheidung, die Raumplanung zu ändern, worüber ich informiert wurde, diente nur dem Zweck, Störungen bzw. Proteste am Pädagogischen Institut, der Berufsbildungseinrichtung des Schul und Kultusreferats, zu vermeiden.

Ich darf Ihnen versichern, daß die Planungsänderung nicht auf Druck der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder aufgrund anderer, von außen herangetragenener Beeinflussung erfolgte. Auch beinhaltet die Maßnahme keinerlei Urteil über Sie persönlich oder Ihren Vortrag.

In Kenntnis dieses Hintergrundes werden Sie, wie ich hoffe, die Entscheidung, die unter Zeitdruck getroffen werden mußte, besser verstehen. Gleichwohl möchte ich um Entschuldigung bitten für etwaige Unannehmlichkeiten, die Ihnen durch diese Entscheidung entstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

4. Abschließend zum dokumentarischen Teil, **die Ergebnisse der Akteneinsicht**

Die von Siegfried Benker beantragte Akteneinsicht (Ziff. 60) wurde ihm Mitte Januar gewährt. Hauptergebnis: Es fand sich nicht der geringste Beleg für angeblich gedroht habende „Störungen“ (und damit begründete „Sicherheitsbedenken“).

Neben-Ergebnisse: Erstens, die Zahl der bei der Stadt eingegangenen Stellungnahmen lag „deutlich“ über der Zahl der uns zur Kenntnis gelangten. Zweitens, dem Alarm-Schreiben der DIG ist offenbar noch eine Demarche der International Jewish Conference gefolgt.

Interessanter als diese Auskünfte im politiker-üblichen Vertraulichkeits-Geraune waren die informellen Auskünfte, die wir in der Zwischenzeit erhalten hatten. Sie finden sie in Kap 6.

Aber zunächst einmal: 5. **Ein Fazit aus dem vorliegenden Echo**

5.1. **Die Summe der Urteile zu den Sachfragen**

Das Echo des nahost- und demokratiepolitisch interessierten Teils der Bevölkerung auf die pro-israelische* Zensurpraxis der Stadtspitze kann nur als vernichtend bezeichnet werden. Nicht zuletzt aufgrund seiner argumentativen Qualität. Hier spricht keine (womöglich übereifrige) „Randgruppen“-Population. Nein, hier spricht aufgeklärtes Bürgertum aus der Mitte der Gesellschaft (weil kritisch, eher links, aber durchaus auch „Mitte“) – aufgeklärt im kantianischen Sinn.

Von den 40 Stellungnehmenden stehen, wie eingangs gesagt, nur 3 an der Seite des OB: Gert Krell (Ziff. 17, Kommentar dazu, Kap. 7); Caspar Schmidt, der sich durch seinen Beitrag (Ziff. 13) selbst kommentiert; und Minister Spaenle (Ziff. 60), der sich öffentlich rühmt, seinen politischen Gegner Christian Ude „bei der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Frau Charlotte Knobloch, und beim Gesandten des Staates Israel“, gut bayrisch gesagt, *hingehängt* zu haben – wenn Sie diese Übersetzung des eifrigen „Einig-im-Protest“ erlauben. Geradezu tragisch, daß Ude sich diesen Rückhalt verbittet. Immerhin verprellt er damit in

* Der Begriff „pro-israelisch“ ist in den letzten Jahren ebenso oft verwendet wie kritisiert worden. Letzteres vor allem mit der Begründung, die damit Bezeichneten und ihre Aktivitäten seien alles andere als „pro Israel“. Vielmehr schadeten sie, wie unbeabsichtigt auch immer, dem Staat Israel und verbauten ihm die Zukunft.

Für eine kurze erste Orientierung ist ein neutraler Sammelbegriff für alle, die der Politik des israelischen Mainstreams mehr oder weniger zustimmen, jedoch hilfreich. Er ist realitätsgerecht, weil die Pro-Israelischen weitgehend die gleichen politischen Ansichten teilen, auf Kritik an Israel mehr oder minder gleichartig reagieren und weitgehend gleich über die Gegner der Politik des Staates Israel denken und urteilen.

Gewissenhafte Politologen haben vorgeschlagen, den Begriff (aus dem eingangs genannten Grund) in Führungszeichen zu setzen. Aber wann hätten solche Kunstgriffe je gehalten?

Brauchbar erscheint mir der Begriff „pro-israelisch“ vor allem, weil er nicht stigmatisiert. Der Begriff „zionistisch“ wird – abhängig vom Standpunkt und vom Grad der Informiertheit - als anerkennend oder herabsetzend empfunden. Pro-israelisch (ab jetzt ohne Führungszeichen) hingegen ist neutral – ein neutrales Kürzel für „auf der Seite von Mainstream-Israel stehend“.

der Causa Pappe ein Drittel seiner *Freunde der pro-israelischen Zensur*. Eindeutig war ferner das (wie man uns berichtete) *lebhaftes Echo*, das die Grünen mit ihrer Presse-Erklärung (Ziff. 22) beim Publikum fanden: „80 % Zustimmung – 20 % Haß.“

5.2. Die Urteile zu den Sachfragen im einzelnen

Vor allem zu drei Themen nehmen die Zuschriften Stellung:

(1) Welchen Rang hat die Meinungsfreiheit in unserem Land?

(2) Darf die Politik des Staates Israel kritisch hinterfragt werden? Falls ja: Dürfen dergleichen auch wir Deutschen? Oder vielmehr: sollten, müßten wir es nicht? Als historisch (und auch aktuell, via EU-Politik) Mitverantwortliche für das Elend der Palästinenser? *Freundschaft ohne Kritik* (dazu unten noch) *führt unweigerlich in Liebedienerei* (Voltaire). Im übrigen steht unser Ja zur Existenzberechtigung des Staates Israel, wie dasjenige jedes ernstzunehmenden Israel-Kritikers, außer Frage.

(3) Sollte die Stadt München, statt israel-kritische Erörterungen zu unterbinden, nicht vielmehr sachlich-informierende Veranstaltungen fördern? Allein schon, um dumpfen Antisemiten und Neonazis den Wind aus den Segeln zu nehmen? (So, unter anderen, Wolf Dieter Sanzin, Ziff. 36.)

Die Klarheit der Urteile zu diesen Sachfragen ist ebenso umfassend wie überzeugend. Deshalb möchte ich auf zusätzliche inhaltsbezogene Erörterungen verzichten. Der Leser findet alles zur Sache selbst Wichtige in den Stellungnahmen.

6. Zur Vorgehensweise der Stadtspitze

6.1. Zunächst zu den Äußerungen von OB Ude und Stadtschulrätin Weiß-Söllner.

In seiner Antwort an Dr. Sanzin (Ziff. 44) übergeht OB Ude die gewichtigen, bestens informierten Erwägungen eines (zumindest potentiellen) Freundes (Ziff. 36). Er plaudert stattdessen drauflos und will wissenschaftliche Aufklärung über unterdrückte Fakten nicht unterscheiden können vom Austrag internationaler Konflikte. Seine Ausführungen implizieren ferner, die Stadt müsse sich mit allem identifizieren, was am Pädagogischen Institut vorgetragen wird. Das ist Ancien Régime, Sonnenkönigtum. Wissenschaftlich fundierte Aufklärung anno 2009 ist etwas anderes. – Auf die vom Schulreferat erfundenen Raumperr-„Gründe“ verzichtet Ude hier. Vortragen läßt er sie in seiner Antwort an Ilan Pappe (Ziff. 62). Als ich sie (für diese Dokumentation) übersetzte, habe ich mich für unseren OB geschämt. Ich halte für ausgeschlossen, daß er sorgfältig gelesen hat, was er da unterschrieb. (Ein Trauerspiel, gewiß; aber kein Grund, sich groß aufzuregen. Im Alltag unseres OB kann der Vorgang Pappe vernünftigerweise nur eine Nebenrolle spielen. Vgl. aber Kap. 9.)

Zur Stadtschulrätin. Sie bittet um Verständnis dafür (Ziff. 58), daß „das Referat nicht öffentlich austragen will und kann, wer uns wann welche Hinweise“ in der Sicherheitsfrage gegeben hat. Nach allem, was durchsickerte, „kann“ das Referat in der Tat nicht. Es gab diese streng geheimen Hinweise nämlich gar nicht. – Hinter der Behauptung, die Behörde *habe darauf hingewirkt, daß die Verlegung in abgestimmter Weise vor sich gehen konnte* (Ziff. 47), steht als Faktum lediglich: Eine Mitarbeiterin hängte einen Zettel an die Tür des Instituts (s. Ziff. 6). *Sonst nichts*.

6.2. **Und wie sah der tatsächliche Verlauf aus?** Bis Donnerstag nachmittag hatte es nirgendwo Bedenken gegeben. Nach dem Auftauchen der DIG-Mail hatten die Veranstalter mit Institutsdirektor Dr. Lehmeier über eventuelle Konsequenzen dieser mail gesprochen. L. sah keinen Anlaß zur Beunruhigung. Anders Frau Weiß-Söllner. Sie griff in der bekannten Weise ein. Zum tatsächlichen Grund, s. Kap. 8.

Angeordnet hat die Stadtschulrätin aber nicht nur, daß der Vertrag zu brechen ist. Angeordnet wurde ferner, daß der wahre Grund auf keinen Fall gesagt werden darf.

„Bloß keine inhaltlichen Begründungen!“, verplapperte man sich im Büro des OB, als jemand von Salam Shalom dort vorsprach. *Keine inhaltlichen Gründe* war die Sprachregelung. Sie schützt das Unantastbare: die Israel-Hörigkeit der Stadtspitze.

6.3. Zusammenfassend sind vier Skandalatbestände festzuhalten:

- (1) Die Landeshauptstadt München übt, wenn die DIG dies wünscht, Zensur aus.
- (2) Die wahren Gründe dafür verschweigt sie bzw. kaschiert sie mit Unwahrheiten.
- (3) Sie denkt nicht daran, für die durch ihren Vertragsbruch verursachten Schäden aufzukommen.
- (4) Ein vor der DIG nicht kapitulierender Stadtdirektor wird ohne sachlich vertretbaren Grund desavouiert. Dies verstößt gegen alle Regeln korrekter Amtsführung.

6.4. **Ungeklärt geblieben ist die Frage, ob und inwieweit OB Ude** einbezogen war. Viele Stellungnehmende vermuteten seine direkte Einflußnahme. Dafür spricht Udes wiederholter Hinweis, er könne – da zum Zeitpunkt der Entscheidung in Turin – doch gar nicht einbezogen gewesen sein. Dergleichen löst im Zeitalter der drahtlosen Telefonie natürlich anderslautende Mutmaßungen aus.

Andererseits präsentiert Ude sich in seinem Brief an Ilan Pappé (Ziff. 61) als Chef einer wohlgeordneten Verwaltung. Sie habe „a measure of which I was informed“ getroffen. Eine zweideutige Formulierung. Sie erlaubt sowohl die Interpretation, die Sache sei vor der Entscheidung mit ihm besprochen worden, als auch, er sei umgehend unterrichtet worden über die bereits getroffene Entscheidung.

Die Frage, welches von beiden zutrifft, wurde in der interessierten Öffentlichkeit lebhaft diskutiert. Vor allem fragte man: Hat Udes „best friend“ (Ziff. 6) ihn nun angerufen oder nicht? Sie ist freilich nur von feuilletonistischem Interesse. Der „Maßnahme“ lagen ganz andere, weit fundamentalere Weichenstellungen zugrunde. Ich komme darauf zurück.

7. „Ja wo leben wir denn?“

7.1. **Christian Ude stellte diese Frage** bei der pro-israelischen Kundgebung vor der Feldherrnhalle im Sommer 2002 (s. Ziff. 32. Münchens Demokraten schulden Peter Voß großen Dank für seine Aufzeichnung). Ude entlarvte dort einen neuen, „raffinierten“ Antisemitismus: Menschen, die zu „vorschnellen Verurteilungen“ neigen, lassen sich „mit plumpen Urteilen“ als „wahre Patrioten – ja fast schon Freiheitskämpfer“ feiern. Gut und schön, nur: Als einer der Redner ein kritisches Wort für die illegalen targeted killings fand und daraufhin von den Pro-Israelischen niedergebuhrt wurde, ging da der bekennende Demokrat Ude ans Mikrophon und sagte den Leuten, was andere sozialdemokratische Stadtväter in solchen Fällen gesagt haben: Leute, so geht es nicht? I wo. Als richtig echter Patriot genoß er, daß die Kundgebung „uns Repräsentanten des öffentlichen Lebens Gelegenheit (gab) zu vielen Botschaften und Bekenntnissen, die in diesen Wochen der Verwirrungen und auch intellektuellen Schlampeereien einfach erforderlich sind“ (Ziff. 32, wie gesagt).

7.2. **Und wie Christian Ude, möchte auch Prof. Krell** uns Unmündige (wenn es um Nahost geht) unter Tutelage gehalten sehen. Es ist der gleiche Gert Krell, der Ende 2006, als sich der Wind zu drehen schien, Reiner Steinwegs beherztes „Manifest der 25“ mitunterzeichnet hatte, das für Deutschlands Umgang mit Israel **ein Verhältnis von wirklicher Freundschaft**, von „Freundschaft **und** Kritik“, forderte. Die Autoren, allesamt angesehene Wissenschaftler, waren daraufhin von israelischer Seite öffentlich geohrfeigt worden. Krell ruderte alsbald zurück.

Seinen neuen Freunden dient er, indem er den Menschenrechtlern Arges unterstellt. Beispielsweise wittert er bei ihnen „sekundäranisemitische Beimischungen“ zwecks „Entlastung von deutscher Vergangenheit und Verantwortung“ (Ziff. 17). Der Volksmund nennt solches diffamierende Schwadronieren *Brunnenvergiftung*. Aber Krell möchte doch nur, daß Menschen wie Pappe, die einen Boykott von Menschenrechtsbrechern für richtig halten, am Reden gehindert werden! Wer wird denn da so pingelig sein und auf intellektuellen Anstand pochen! Man wird doch wohl noch feststellen dürfen, was antisemitisch ist! Oder irgendwie sein könnte – so genau weiß Krell das auch wieder nicht – weiß nur, wer und was „im Zweifel“ (über dessen Vorliegen Krell entscheidet) unterdrückt werden sollte. Und wenig schert es den pro-israelisch Engagierten, daß es wieder einmal die Beraubten und Entrechteten sind, die mit dem Andauern ihres Elends zahlen müssen für das auf Unterdrückung der Wahrheit basierende Wohlbefinden der Opportunisten.

8. Ein Gespräch mit Franz Maget

Dem städtischen Vertragsbruch im Fall Pappe folgte im Februar 2010 ein zweiter. Diesmal war es die Geschäftsführung des städtischen Bürgerhauses Milbertshofen, die eine Mietvereinbarung mit Salam Shalom für einen Vortrag des „umstrittenen“ Israel-Kritikers Finkelstein aufkündigte, im Anschluß an eine ähnliche Finkelstein-Ausladung in Berlin. – Mit „umstritten“ etikettieren die Pro-Israelischen und ihre Vor- und Nachbeter bekanntlich alle Autoren, deren Darlegungen zu gut belegt sind, als daß sie sachlich zu widerlegen wären.

Milbertshofen also: Der Zufall will, daß dessen SPD-Landtagsabgeordneter, Franz Maget, ein guter Bekannter ist. (Für Nicht-Münchener: Franz Maget war Jahrzehnte lang eine Zukunftshoffnung der bayrischen SPD, u.a. als Vorsitzender der Landtagsfraktion bis 2008.) In einem Gespräch mit ihm gewann ich den Eindruck, daß die Desavouierung des Dr. Lehmeier nicht Ergebnis einer fallbezogenen Abwägung war. Es schien sich vielmehr um den bloßen Vollzug einer diskret vorgegebenen Münchner Richtlinie gehandelt zu haben. Dr. L. hatte offenbar nicht verinnerlicht, daß die Stadtspitze keinerlei Scherereien mit den Pro-Israelischen zu haben wünscht. *Alles, woran diese Empfindsamen Anstoß nehmen könnten, hat zu unterbleiben!*

Die Stadtschulrätin war nicht so sehr außer sich gewesen über die Einladung eines Israel-Kritikers. Sie war außer sich, weil ihr Stadtdirektor nicht beachtet hatte, daß Udes pro-israelische Linie sprach-, willen- und widerspruchslos zu befolgen ist. Eigene Entscheidungsbefugnisse für den Direktor eines Pädagogischen Instituts? Soweit kommt es! „Der Befehl strömt widerstandslos in die Kapillaren!“: So will es guter alter deutscher Brauch. Direktor L. hatte sich falsch benommen. Er mußte korrigiert werden.

„Wenn ihr einen größeren Saal braucht“, riet Franz Maget: „Der Bürgerhaus-Saal in Unterschleißheim ist sehr zu empfehlen.“ Ein redlicher Realist. Wir kennen uns seit 37 Jahren. – Ich dankte ihm und widersprach nicht. Jeder Versuch einer politischen Diskussion wäre mir als falsches Benehmen erschienen. „Ja wo leben wir denn?“ In Udes München. Und da liegt die Münchner Freiheit, wenn es um Nahost geht, in Unterschleißheim.

9. Zwei Fragen

Die erste: wie lange noch werden die Parteien, die in München die Kommunalpolitik verwalten, Ja und Amen sagen zu Eingriffen, die dem Geist des Grundgesetzes aufs Schwerste zuwiderlaufen?

Die zweite: warum, wozu diese Eiertänze um das öffentlich nicht einzugestehende, gleichsam blind zu praktizierende Pro-Israelisch-Sein? Um die damit einhergehenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit? *Natürlich darf man Israel kritisieren!!!* – aber doch nicht derart unerschrocken sachlich & deutlich & öffentlich! *Meinungsfreiheit: natürlich!!!* Aber ... Dieses ganze

Gewürge ist wohl nur zu verstehen als diskrete (klassisch unbewußte) Revanche des schlechten Gewissens von Leuten, die ihre vergleichsweise hohe politische Moral „wenn es sein muß“ hintanstellen, um mit demokratischen Grundrechten Schlitten zu fahren.

„Schlechtes Gewissen?! Daß ich nicht lache!!“ Aber wieso dann, verehrter Christian Ude, die Unbegreiflichkeiten des Schreibens an Ilan Pappé? Das defensive Vorbeireden an Herrn Sanzins Fragen? Das Einnebeln Ihres Wunsches nach Sprachlosigkeit „intra muros“, wenn ein bestimmter Abschnitt der jüngeren Nahost-Geschichte wahrheitsgemäß zur Sprache zu kommen droht?

Verbergt nicht eure Feigheit unter dem Mantel der Klugheit. So las ich, vor etwas mehr als 50 Jahren, in einem Flugblatt der Weißen Rose.

Nein, ich vergleiche nicht die damalige Situation mit der von heute. Das verbietet sich, unter einander ernst nehmenden Gesprächspartnern – ohne weitere Worte. Vergleichbar hingegen erscheint mir die *Sozialpsychologie des Wegsehens*. Gibt es heute nicht ein ähnlich fatales „Das möchten wir lieber nicht wissen“ – unterstützt, peinlich, aber wahr, durch obrigkeitlich gewollte Unwissenheit? So verfügte unlängst Freiburgs OB Salomon, daß die Nakba-Ausstellung von Ingrid Rumpf, eine makellos korrekte Information über eine unterdrückte und deshalb weithin unbekannt historische Wahrheit, trotz vorangegangener Zusage in der Stadtbibliothek nicht gezeigt werden dürfe, weil „einseitig“.

Es gibt freilich auch den Tübinger OB Boris Palmer, der für das Deutschland der Weißen Rose steht und der Deutschlands Dank an die tapfere Jüdin Felicia Langer auf den Weg brachte – eine Unbeugsame, die seit Jahr und Tag *einseitig* Widerstand leistet gegen die Entrechtung der Palästinenser.

Ein anderes Flugblatt der Weißen Rose begann: *Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand ...*

Widerstand? Das Deutschland der Weißen Rose? Betreten wir damit nicht ureigenstes Christian-Ude-Terrain? Hätte ich bis vor kurzem auch gedacht. Aber seine Kapriolen im Mantel der Klugheit – und sein Wegsehen ...

Ich glaube, Münchens widerstandsfähige Demokraten sind über das Ende Oktober 2009 in dieser Stadt Geschehene – und seither von der Stadtverwaltung wiederholt Bekräftigte – ebenso besorgt, „wie jeder anständige Mensch besorgt sein sollte“ (Ilan Pappé-Brief, vorletzter Satz, S. 20).

10. Anhang

Vier Dokumente von Salam Shalom

10.1. Informationsblatt zur Veranstaltungsreihe	45
10.2. Plakat zum Veranstaltungswochenende	48
10.3. Flugblatt nach dem Veranstaltungswochenende	49
10.4. Stellungnahme zur Antwort des Schulreferats auf die Anfrage des Stadtrats Siegfried Benker	50

ISRAEL

Mythos und Wirklichkeit

Eine Veranstaltungsreihe

Des Kaisers neue Kleider oder

Was passieren kann, wenn einer vernehmlich die Wahrheit ausspricht

so ging der kaiser unter dem prächtigen thronhimmel, und alle menschen auf der strasse und in den fenstern sprachen: „wie sind des kaisers neue kleider unvergleichlich! welche schleppe er am kleide hat! wie schön sie sitzt!“ keiner wollte es sich merken lassen, dass er nichts sah; denn dann hätte er ja nicht zu seinem amte getaugt oder wäre sehr dumm gewesen. ... „ABER ER HAT JA GAR NICHTS AN!“ sagte endlich ein kleines kind. „hört die unschuld! sagte der vater, und der eine zischelte dem anderen zu, was das kind gesagt hatte. „ABER ER HAT JA GAR NICHTS AN!“ rief zuletzt das ganze volk.

Hans Christian Andersen

I. Das Publikum in unserem Land wird von den Meinungsmachern in Politik und Mainstream-Medien, wenn es um Israel und den Nahostkonflikt geht, gewöhnlich auf eine Sichtweise eingeschworen, die man für israelfreundlich hält: Informationen oder Kommentare, die als Kritik an der israelischen Politik verstanden werden könnten, werden entweder ganz unterdrückt oder doch so abgemildert, dass eine Beschwerde von Seiten der Israel-Lobby nicht zu befürchten ist. Der Einfachheit halber (und sicher auch aus Überzeugung) übernimmt man meistens gleich die Darstellungen und Rechtfertigungen der israelischen Meinungsführer. Ein Beispiel: Nach ihrem Telefonat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Olmert verkündete die Bundeskanzlerin Angela Merkel der deutschen Öffentlichkeit kurz nach Beginn der israelischen Gaza-Invasion Ende Dezember 2008: *„Die Schuld am Gazakrieg liegt einzig und allein bei der Hamas.“*

Mit der Wahrheit hatte dieser Satz, wie man weiß, nichts zu tun, aber mit unseren „besonderen Beziehungen“ zu Israel, wie man sie hierzulande gerne definiert. Ist man doch überzeugt, die historische deutsche Schuld verpflichte zu einer unkritischen Haltung gegenüber Israel und zu einer bedingungslosen Unterstützung der israelischen Politik. Um diese Einstellung rechtfertigen zu können, phantasiert man sich ein Israelbild zurecht, aus dem alle möglicherweise störenden Details wegretuschiert werden.

Ein Beispiel: In ihrem gemeinsamen Antrag mit dem Titel „40 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel“ vom 11.05.2005 stellen die Fraktionen von vier der fünf im Bundestag vertretenen Parteien folgende Behauptung auf:

„Israel ist ebenso wie Deutschland Teil einer Wertegemeinschaft, die auf das gemeinsame Bekenntnis zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Demokratie gegründet ist. Diese gemeinsamen Werte bilden ein starkes Bindeglied in den Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sowie zwischen Israel und Europa.“

Dieses Wunschbild von Israel, der immer wieder beschworene Mythos von „der einzigen Demokratie im Nahen Osten“, muss sich bei genauerer Überprüfung einige Korrekturen gefallen lassen: Israel versteht sich selber als „jüdischer und demokratischer Staat“ und das bedeutet konkret: eine „*freiheitliche Demokratie*“ ist Israel nur für die jüdischer

Bürger. Eine Vielzahl von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften sorgt dafür, dass in diesem „Rechtsstaat“ die nicht-jüdischen Staatsbürger, vor allem also die Palästinenser, „die Araber“ (20% der Bevölkerung) Bürger minderen Rechts sind. (Man lese dazu das packende und aufschlussreiche Buch der jüdischen Israelin Susan Nathan: Sie schenken mir Dornen. Ausgegrenzt im Land der Verheißung.)

Was die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten angeht, so weiß jeder, der es wissen will, dass Palästinenser/„Araber“ in den Augen der israelischen Besatzer Feinde, aber keine Menschen sind und bestimmt nicht Besitzer irgendwelcher Rechte. Deswegen glaubt auch die Besatzungsmacht sich nicht an die Vorschriften des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung halten zu müssen – Vorschriften, gegen die sie permanent ungestraft verstößt. UN-Resolutionen werden ohnehin (fast) ausnahmslos missachtet.

So sieht also die Realität aus. Nun gibt es auch in der israelischen Gesellschaft Menschen, die nicht bereit sind, diese Verhältnisse widerstandslos hinzunehmen – junge Menschen zum Beispiel wie die „Zwölfklässler“/Shministim. Seit einigen Jahren finden sich in jedem Abiturjahrgang junge Frauen und Männer, die sich weigern, ihren Militärdienst in „einer der moralischsten Armeen der Welt“ (Verteidigungsminister Ehud Barak) anzutreten, die lieber ins Gefängnis gehen und die Ächtung durch ihre Gesellschaft in Kauf nehmen als „Soldaten der Besatzung“ zu werden. In offenen Briefen an Premierminister Sharon begründeten sie 2001 bzw. 2002 ihre Entscheidung so:

„Wir glauben an die Werte Demokratie, Humanismus und Pluralismus ... Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Gleichheit, Würde und Freiheit. Nach unserem Gewissen und als Bürger Israels sind wir verpflichtet, diese Rechte zu verteidigen, indem wir uns weigern, uns an der Politik der Besatzung und der Unterdrückung zu beteiligen ... Der Staat Israel begeht Kriegsverbrechen und trampelt auf den Menschenrechten herum, zerstört Städte und Dörfer; er enteignet Land, inhaftiert und exekutiert Menschen ohne Gerichtsverhandlung, zerstört massenhaft Wohnhäuser, Geschäfte und öffentliche Einrichtungen; Plünderungen, Abriegelungen, Ausgangssperren, Folter, Verhinderung medizinischer Versorgung, Bau und Erweiterung von Siedlungen – all diese Aktionen sind mit menschlicher Moral nicht zu vereinbaren und widersprechen internationalen Vereinbarungen, die Israel ratifiziert hat.“

So also wird die israelische Wirklichkeit von aufrichtigen Israelis wahrgenommen, für die Demokratie und Menschenrechte verbindliche Werte sind. Aber die „falschen Freunde Israels“ (ein Ausdruck von Henry Siegman, ehemals Direktor des American Jewish Congress) können oder wollen die verstörenden Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen bzw. sie glauben sie mit dem üblichen Hinweis erledigen zu können, es handle sich um Reaktionen des israelischen Staates auf „arabische“ Aggressionen, um Akte legitimer Selbstverteidigung. Sie haben ihre Gründe für die Verleugnung der Realität: Anders ließe sich das „fetischisierte Israelbild“ (so der israelische Historiker und Philosoph Moshe Zuckermann) und die damit gerechtfertigte Israelpolitik nicht aufrechterhalten.

In Bezug auf Israel hat man sich hierzulande für eine konsequente Unaufrichtigkeit entschieden, und man hat diese Unaufrichtigkeit zur Norm erhoben. Das ist schlecht für die Menschen in Palästina und in Israel; denn wer sich zum Komplizen der Unterdrückung macht, kann nicht Mitarbeiter an einer *gerechten* Lösung des zerstörerischen Konflikts sein. Nicht weniger gravierend sind die Auswirkungen auf das geistige Klima und die moralische Verfassung *unserer* Gesellschaft: Eine ehrliche öffentliche Debatte über das zentrale Thema Israel/Palästina findet nicht statt. Stattdessen kommt es zu einer schleichenden Erosion unserer Grundwerte; denn wer de facto das „Recht des Stärkeren“ legitimiert und zu israelischen Kriegsverbrechen und Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht schweigt, verliert nicht nur seine Glaubwürdigkeit als Demokrat, er beschädigt auch das Fundament unserer Gesellschaft. Dabei weiß auch die Bundeskanzlerin – und sagt es in ihrer Rede vor dem israelischen Parlament im März 2008 –, dass „die unveräußerliche und unteilbare Würde jedes einzelnen Menschen das kostbarste Gut (ist), das wir haben.“

2. Was können, was sollen Bürgerinnen und Bürger tun, die nicht bereit sind, sich mit dieser verfahrenen und demokratiepolitisch nicht ungefährlichen Situation abzufinden? Notwendig sind solide Kenntnisse über den Nahostkonflikt. Die müssen sie sich erarbeiten und dem interessierten Publikum zugänglich machen, damit es sich – unabhängig von gängigen Sichtweisen, Klischeevorstellungen und Propagandaversionen – ein eigenes, sachlich fundiertes Urteil bilden kann. Wer versteht, worum es in diesem Konflikt wirklich geht, der ist auch imstande und motiviert, in unserer Gesellschaft den Mund aufzumachen und mit dem nötigen Sachkenntnis und Unbefangenheit für die Respektierung von Menschenrechten und Völkerrecht in Palästina und Israel einzutreten. Also: Aufklärung tut Not!

3. Aufklärung über die Fakten und Klärung der Begriffe – das ist der Zweck der von uns konzipierten Veranstaltungsreihe. Mit Hilfe von ausgewiesenen Fachleuten soll – jenseits von aller Polemik und Rechthaberei – das gängige Israelbild „entmythologisiert“ und korrigiert werden. Wer oder was ist „Israel“ in Wirklichkeit? Mit wem haben wir es eigentlich zu tun? Es geht dabei nicht darum, die pro-israelische Parteilichkeit durch eine antiisraelische oder blind propalästinensische Parteinahme zu ersetzen. Das übliche Freund-Feind-Schema muss überwunden werden. Mit den üblichen Grabenkämpfen ist niemandem gedient. Nein, das Ziel ist – wie in jeder guten Wissenschaft –, der Wahrheit ein Stück näher zu kommen. Es geht um einen Lernprozess, in dessen Verlauf jeder seine Begriffssprache überprüfen, seine Sachkenntnis verbessern und zu friedensdienlichen (Harm Rösemann) Erkenntnissen und Einsichten gelangen kann.

Der Zeitpunkt für unser Aufklärungsprojekt ist vielleicht nicht ungünstig. Die israelischen Wahlen im Frühjahr 2009 haben Politiker an die Regierung gebracht, die im Gegensatz zu ihren Vorgängern darauf verzichten, ihre wahren Absichten zu verschleiern. Sie machen dieselbe Politik wie ihre Vorgänger (ethnische Säuberung, Landraub, Mauerbau, Siedlungsbau, Verhinderung eines lebensfähigen Palästinenserstaates, Aufrechterhaltung der Besatzung, Abriegelung des Gazastreifens, Kontrolle über das ganze Land – nur einen Krieg haben sie noch nicht geführt), aber sie hängen dieser Politik nicht mehr das Mäntelchen „Friedensprozess“ um.

Außenminister Lieberman ist ehrlich: „Wir brauchen keinen Frieden“. Das bringt die Israel-„Freunde“ in unserem Land in Verlegenheit. Das „fetischisierte Israelbild“ lässt sich angesichts dieser sich so unverstellt zu Wort meldenden israelischen Realität nicht mehr so leicht beibehalten. Zur Gesichtswahrung ist jetzt ein bisschen Kritik an Israel geboten und erlaubt. Und Frau Merkel mahnt in Berlin – nachdem der amerikanische Präsident das Beispiel gegeben hat – beim israelischen Ministerpräsidenten mit erhobenem Zeigefinger einen Siedlungsstopp an.

Es ist noch viel zu früh für diese Hoffnung, aber eines Tages könnte es ja soweit sein, dass jemand laut und vernehmlich sagt, dass „der Kaiser nackt“ ist, und dass sich diese Nachricht wie ein Lauffeuer im ganzen Land verbreitet und alle den Mund aufmachen und das Offensichtliche auszusprechen wagen.

Was die äußere Form der Wissensvermittlung angeht, bieten wir neben der üblichen Vortragsveranstaltung auch eine Kombination aus Vortrag und Seminar mit dem Referenten/der Referentin an.

Zu den einzelnen Veranstaltungen stellen wir vorab entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung auf unserer Webseite: www.salamshalom-ev.de. Nach Möglichkeit veröffentlichen wir dort nach einer Veranstaltung auch einen Bericht oder ein Protokoll.

Teilnehmen kann jeder, der sich durch das Programm angesprochen fühlt. Ein bestimmter Kenntnisstand wird nicht vorausgesetzt. Einzige Voraussetzung ist eine gewisse Offenheit und die Bereitschaft dazuzulernen. Wie intensiv einer das Informationsangebot nutzt, ist seine Sache: Er kann eine einzige Veranstaltung besuchen, er kann an allen teilnehmen – alles ist sinnvoll. Überflüssig zu sagen, dass wir es natürlich begrüßen, wenn möglichst viele Menschen von dem Angebot Gebrauch machen und profitieren.

Die Veranstaltungsreihe ist als schrittweise wachsendes Projekt konzipiert. Der inhaltliche Zusammenhang der einzelnen „Bausteine“ ist offensichtlich: Alle Vorträge und Seminare beschäftigen sich mit der israelischen Wirklichkeit (mit der Gesellschaft, mit Ideologie, „Verfassung“ und Politik des Staates) und mit den Grundbegriffen, die zur Erfassung und Beurteilung dieser Wirklichkeit benötigt werden (Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Völkerrecht). Ergänzend geht es um die Untersuchung der deutsch-israelischen und der europäisch-israelischen Beziehungen. Aber wahrscheinlich werden wir dazu, der Bedeutung des Themas entsprechend, eine eigene Veranstaltungsreihe konzipieren.

Die Reihenfolge, in der die einzelnen „Bausteine“ zusammengesetzt werden, ist noch nicht festgelegt, sie richtet sich nach dem Terminkalender der Referentinnen und Referenten, deren Zusage wir bereits haben oder erwarten, und nach den Kapazitäten der Organisatoren (Zeit, Kraft, Finanzen). Das Projekt entwickelt sich also Schritt für Schritt. Zu den einzelnen Veranstaltungen wird jeweils gesondert eingeladen.

Kontakt: Christoph Steinbrink, Paganinstr. 9, 81247 München christoph.steinbrink@freenet.de
Jürgen Jung, Bachgrund 5, 85276 Pfaffenhofen juejung@online.de
Eckhard Lenner, Rottenbucher Str. 3 A, 82166 Gräfelfing eckhard.lenner@googlemail.com

ISRAEL

Mythos und Wirklichkeit

Eine Veranstaltungsreihe

Auftakt mit **Ilan Pappé**

Autor des Standardwerkes
„Die ethnische Säuberung
Palästinas“ (erschienen bei
Zweitausendeins, 5. Aufl. 8/08)

Bis zur Veröffentlichung dieses Buches war er Leiter des Instituts für Konfliktforschung an der Universität von Haifa. Derzeit ist er Direktor des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität von Exeter in England.

Präsentation des Buches von Ilan Pappé

Freitag
23.10.09
19.30 Uhr

„**Die ethnische Säuberung Palästinas**“

Sprecher: **Beate Himmelstoß, Jürgen Jung**

Musik: **EMBRYO**

Vortrag von Ilan Pappé

Samstag
24.10.09
19.30 Uhr

**Der politische Zionismus und die fort-
dauernde ethnische Säuberung Palästinas**

Übersetzung: **Timothy Slater**

Workshop mit Ilan Pappé

Sonntag
25.10.09
9-13 Uhr

zur Vertiefung der einzelnen Aspekte des Vortrags

Eine einmalige Gelegenheit, unter Leitung des erfahrenen Hochschullehrers tiefer in das komplexe Thema einzudringen. Übersetzung: **Timothy Slater**

Veranstaltungsort

Pädagogisches Institut des Schul- und Kultus-
referats der Landeshauptstadt München

Herrnstraße 19, 80539 München
Eingang: Marienstraße
Nähe Isartor, S-Bahn

Eintrittspreise

Alle drei Veranstaltungen: **15.-/9.-€**, zwei: **10.-/6.-€**, eine: **6.-/4.-€**

**salam
shalom**

ARBEITSKREIS PALÄSTINA / ISRAEL

Kontakt: **info@salam-shalom.org**, Infos: **www.salam-shalom.org**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Eckhard Lenner, Rottenbacher Straße 3A, 82166 Gräfelfing, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob

Stadt München sperrt Räume für Ilan Pappé

Am Wochenende 23. - 25.10.09 war der israelische Historiker Ilan Pappé, Autor des viel beachteten und diskutierten Buchs über „Die ethnische Säuberung Palästinas“ und Co-Director des Center for Ethno-Political Studies der Universität Exeter GB, nach München eingeladen. Im Filmsaal des – städtischen – Pädagogischen Instituts sollten drei Veranstaltungen stattfinden: Die Buchpräsentation am Freitag, am Samstag der Vortrag von Ilan Pappé zum Thema „Der politische Zionismus und die Politik der fortdauernden ethnischen Säuberung“ und am Sonntag ein Workshop zur Vertiefung des Themas unter Leitung des Referenten. Thema, Referent und Ort der Veranstaltung waren seit Wochen bekannt. Zwei Tage vor Beginn, Mittwoch, den 21.10.09, schickte die örtliche Deutsch-Israelische Gesellschaft einen „zutiefst besorgten“ Brief an die Stadträte und den Oberbürgermeister, in dem wahrheitswidrig behauptet wird, bei dem Eingeladenen handele es sich um einen Wissenschaftler, der auf Grund seiner fragwürdigen wissenschaftlichen Thesen als Professor an der Universität Haifa entlassen worden sei. Den Veranstaltern wird paranoide Furcht vor der Israel-Lobby und mangelnde Objektivität unterstellt, der Veranstaltung selbst „anti-israelische Propaganda“. Der Oberbürgermeister wird daher „dringend gebeten“, die Erlaubnis zur Nutzung des Raumes zu widerrufen. Diese „Bitte“ hatte offensichtlich Erfolg.

Am Morgen des ersten Veranstaltungstages, am 23.10., wurde den Veranstaltern telefonisch mitgeteilt, die Institutsräume stünden für das geplante Programm nicht mehr zur Verfügung. Eine Begründung für diese Entscheidung wurde nicht gegeben. Man wollte lediglich die Veranstalter dazu bewegen, einer *einvernehmlichen* Auflösung der Nutzungsvereinbarung zuzustimmen.

Damit sollte vermutlich verhindert werden, dass die wirklichen Gründe öffentlich bekannt würden. Es ist uns wichtig zu betonen, dass die Institutsleitung für diesen Vorgang keinerlei Verantwortung trägt. Sie ist im Gegenteil selbst nach unserer Ansicht Opfer einer bei-

spielloser Illoyalität ihres Dienstherrn geworden. Das Timing der Kündigung lässt kaum einen anderen Schluss zu, als dass beabsichtigt war, die Veranstaltungen platzen zu lassen, das heißt den Auftritt von Ilan Pappé zu verhindern. Weder blieb den Veranstaltern Zeit, sich gerichtlich zur Wehr zu setzen, noch schien es eine Chance zu geben, so kurzfristig einen anderen Veranstaltungsraum zu finden.

Wer immer die Entscheidung getroffen hat – die Verantwortung für diesen gravierenden Anschlag auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit und für die Beschädigung des Ansehens der Stadt liegt beim Oberbürgermeister.

Dass es auch anders geht, zeigt ein vergleichbarer Vorgang in Erlangen:

Am 15. Oktober sollte die jüdische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer, die erst kürzlich vom Bundespräsidenten für ihre Lebensleistung mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Kl. geehrt worden war, dort zu dem Thema „Frieden und Gerechtigkeit für Israel und Palästina“ sprechen. Die jüdische Kultusgemeinde Erlangen und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Nürnberg-Mittelfranken versuchten in vergleichbarer Weise, den Erlanger Oberbürgermeister zu veranlassen, den Auftritt der nach ihren Begriffen „israelfeindlichen“ Referentin im städtischen Saal der VHS zu verhindern. Die Lokalpresse sekundierte diesem Pressionsversuch und sprach schon im Vorfeld von der „Unfriedensdiskussion“. Ohne Erfolg. Oberbürgermeister Balleis (CSU) beugte sich dem Druck nicht, sondern wahrte das Recht der Meinungsfreiheit, und die Veranstaltung fand am vorgesehenen Ort statt.

Die Münchner Öffentlichkeit, und hier zuerst der Referent und die Veranstalter, haben ein Recht darauf, die wahren Gründe für die Entscheidung der Stadt München zu erfahren. Die vom Schulreferat angegebenen „Sicherheitsbedenken“ sind eine Schutzbehauptung, die sich durch die eifertige Versicherung, diese Maßnahme habe nichts mit den Inhalten der Veranstaltung zu tun, deutlich als solche zu erkennen gibt. Laut Auskunft der Polizei war dieser von Sicherheitsbedenken der Schulbehörde nichts bekannt. Die Veranstaltungen haben übrigens in anderen Räumen mit großem Erfolg und über 300 Besuchern stattgefunden.

Die Veranstalter sind als direkt Betroffene zu keinem Zeitpunkt gehört worden. Sie würden ein Gespräch mit OB Ude und interessierten Stadträten sehr begrüßen. – Salam und shalom!

**salam
shalom**

ARBEITSKREIS PALÄSTINA / ISRAEL

Kontakt: info@salam-shalom.org, Infos: www.salam-shalom.org
V.i.S.d.P.: Eckhard Lenner, Rottenbucher Straße 3A, 82166 Gräfelfing, Eigendruck im Selbstverlag

SALAM SHALOM . Münchner Arbeitskreis Palästina / Israel

Stellungnahme zur Antwort der Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner auf die 10 Fragen des Stadtrats Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen)

1. Es wird deutlich: Die „Hinweise auf mögliche Störungen bzw. Proteste im Rahmen der Veranstaltungsreihe“ sind frei erfunden. Weder kann die Stadtschulrätin erklären, von wem ihr diese „Hinweise“ gegeben wurden, noch kann sie sagen, wer die Absicht hatte zu stören und in welcher Weise.
2. Stattdessen erweckt sie wahrheitswidrig den Eindruck, als hätten solche „Hinweise“ die Veranstalter veranlasst, „noch am 22.10.09 das Gespräch mit der Leitung des Pädagogischen Instituts“ zu „suchen“. Von solchen Hinweisen war weder der Institutsleitung noch den Veranstaltern etwas bekannt.
3. Was dagegen Veranstaltern und Institutsleitung am 22.10.09 bekannt wurde, war das Schreiben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 21.10.09, in dem Stadträte und OB „dringend gebeten“ wurden, die Zusage für die Nutzung der Räume des PI zurückzuziehen. Bei einer Besprechung mit dem Institutsdirektor wollten die Veranstalter klären, ob von diesem Pressionsversuch eine Gefahr für ihre Veranstaltungen ausgehe. Da dem Institutsleiter bis zu diesem Nachmittag des 22.10.09 keine anderslautenden Informationen vorlagen, gingen beide Parteien davon aus, dass der Nutzungsvertrag weiterhin Gültigkeit habe und die Veranstaltungen wie geplant stattfinden würden. Selbstverständlich wurde bei diesem Gespräch auch die Frage erörtert, wie im Falle möglicher Störungen durch Abgesandte der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vernünftigerweise zu verfahren sei. Auch in diesem Punkt war man sich sofort einig.
4. Bezeichnenderweise geht die Stadtschulrätin auf die beiden Fragen zu dem Schreiben der DIG mit keinem Wort ein. Stattdessen behauptet sie wahrheitswidrig: „Die Absage erfolgte nicht aus inhaltlichen Gründen.“ Ihre Sprecherin hatte einer spanischen Zeitung gegenüber immerhin eingeräumt, „dass die Beeinflussung durch besagte Gesellschaft (gemeint ist die DIG) bei dem Verbot „eine gewisse Rolle gespielt habe““. (La Vanguardia, 21.11.09)
5. Ganz wichtig ist es, den Oberbürgermeister aus der Geschichte herauszuhalten. Angeblich war er „mit der Absage der Veranstaltung“ „nicht befasst, da er sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Reise mit dem Planungsausschuss in Turin befand.“ Tatsächlich war er am 21./22.10.09 in Turin, aber natürlich nicht aus der Welt. Interessanterweise argumentiert OB Ude, der „der geplanten Veranstaltung im PI, wenn ich damit befasst worden wäre“, auch „nicht zugestimmt“ hätte, im Gegensatz zu seiner Schulrätin inhaltlich: „...ich meine, dass sich die Stadt München bei internationalen Konflikten ... nicht mit einer Seite identifizieren sollte“ (aus einem Antwortbrief vom 13.11.09). Offensichtlich schließt er sich der Sichtweise der DIG an, die vor einer „einseitigen“, „antiisraelischen Propagandaveranstaltung“ gewarnt hatte.
6. Man darf gespannt sein, ob sich Stadtrat Siegfried Benker mit diesen äußerst fragwürdigen Auskünften der Stadtschulrätin abspeisen lässt.



Bankverbindung:

salam-shalom, Arbeitskreis Palästina-Israel e. V.
Kontonummer: 10 01 26 13 69
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00

Schutzgebühr **3.50 Euro**

www.salamshalom-ev.de

salamshalom.ak@googlemail.com

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Eckhard Lenner,
Rottenbacher Straße 3A, 82166 Gräfelfing
Eigendruck im Selbstverlag
Umschlaggestaltung: Wob

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.